

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 10.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 25. Januar 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Für die Monate Februar und März nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Korr.“ zum Preise von 44 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Vom Verbandsinteresse.

In Nr. 3 befand sich eine sehr interessante Abhandlung speziell über den Versammlungsbesuch usw. Ich möchte nun einmal eine andre Seite, die auch im höchsten Maße das Verbandsinteresse berührt, anschnitten. Hört man schon sehr viel über ungenügenden Versammlungsbesuch klagen, so sind die Klagen über das Nichthalten des offiziellen Verbandsorgans auch keine geringeren. Schon dadurch, daß die Kollegen sehr oft die Versammlungen „schwänzen“, erfahren dieselben (in kleineren Ortsvereinen) doch nicht immer alles, was in der Versammlung beschlossen worden ist. Sie müssen, um etwas zu erfahren, erst die Kollegen, welche die Versammlung besucht haben, in Anspruch nehmen. Nun kann man sich leicht vorstellen, wenn die betreffenden Versammlungsschwänzer nicht einmal den „Korr.“ halten, auf welchem Standpunkte dieselben stehen. Es muß in deren Köpfen eine heillose Verwirrung vorherrschen! Erfahren sie schon von den örtlichen Verhältnissen sehr wenig, wie können die Kollegen dann noch über die Verbandsangelegenheiten im allgemeinen sowie über sonstige Gewerkschafts- und soziale Angelegenheiten unterrichtet sein? Wer in einer größeren Offizin schon gearbeitet hat, wird wohl sehr oft Gelegenheit gehabt haben, zu beobachten, in wie wenig Exemplaren der „Korr.“ gehalten wird. Es ist deshalb erstaunlich, welche Beschränktheit gegenüber dem „Korr.“ bei vielen Kollegen noch herrscht! Gerade unter den Buchdruckern, die doch die intelligentesten und tonangebendsten Arbeiter sein sollen, bedarf es in dieser Sache noch mancher Aufklärung. In der Offizinsabteilung, wo ich zurzeit beschäftigt bin, halten von dreißig Kollegen sage und schreibe acht Kollegen das Verbandsorgan. Es wäre eine schöne Aufgabe für alle Kollegen, sich für das Halten des „Korr.“ ins Zeug zu legen! Darum Kollegen, agitiert für unser Verbandsorgan! Es darf keine Ausnahme gelten! Es ist Pflicht und Schuldbigkeit jedes organisierten Kollegen, sich über den Stand der Verbandsangelegenheiten nicht nur am Orte, sondern in ganz Deutschland und über alle Gewerkschafts- und Arbeiterfragen auf dem laufenden zu erhalten.

Berlin.

K.-J.n.

Die Maschinenseher und ihr Kongreß.

Je näher der Zeitpunkt heranrückt, an dem die schon längst in Aussicht genommenen Kongresse der verschiedenen Sondervereinigungen der Buchdruckerorganisation abgehalten werden sollen, um so mehr scheint diese in unserm Verufe neue und deshalb ungewohnte Einrichtung die Gemüter zu erregen. Daß die Sparten — Maschinenseher, Maschinemeister usw. — ihre volle Daseinsberechtigung haben, ja, daß sie eine Notwendigkeit bei den heutigen technischen Verhältnissen innerhalb unsers Gewerbes sind, ist schon oft des langen und breiten dargelegt und von maßgebender Stelle auch ohne weiteres anerkannt worden. Wenn wir das Protokoll der letzten Generalversammlung über die Sparten nachlesen, so erhält jeder Unbefangene den Eindruck, als ob hierüber überhaupt kein Wort mehr zu verlieren wäre. Dem ist aber durchaus nicht so. Wenn von sehr berufener Seite (Meyhäuser in Stuttgart am 8. Januar) in etwas ironischer Weise dargelegt wurde, daß die Maschinenseher „sogar glauben“, einen Kongreß abhalten zu müssen, um ihre Rechte bei den heurigen Tarifverhandlungen besser vertreten zu sehen; ferner, daß eben diese verflügten Maschinenseher fortgesetzt heulen und jammern über Zurücksetzung und nicht genügende Beachtung an maßgebender Stelle, so muß diese Auffassung über die durchaus ersten Bestrebungen der Maschinensehervereine von so kompetenter Seite doch einiges Befremden erregen. Was die Sparten mit ihren Kongressen bezwecken wollen, ist für jeden, der es überhaupt begreifen will, ohne weiteres klar: Wir Maschinenseher sind der festen Überzeugung, daß

die von uns aus ganz Deutschland zusammengebrachten Anträge, Wünsche, Beschwerden usw. als Material für die diesjährigen Tarifverhandlungen für die Gehilfenvertreter von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein werden. Dies zweifellos umfangreiche Material soll von den Kongreßbelegierten in eine solche Fassung gebracht werden, daß es als einheitliches Ganzes bei den Tarifverhandlungen diejenigen Früchte bringen kann, die wir glauben erwarten zu dürfen. Es ist für uns alle klar, daß bei den diesmaligen Tarifverhandlungen die Sebmachinenfrage eine hervorragende Rolle spielen wird, und eben darum sind wir Maschinenseher schon seit langem bestrebt, alles für diese Verhandlungen einigermaßen wichtige Material den Gehilfenvertretern in die Hände zu geben, damit sie gewappnet etwaigen an sie gestellten Zumutungen entgegenzutreten imstande sind. Dies — wird man hier einwenden — hätte auch ohne Kongreß auf schriftlichem Wege bewerkstelligt werden können. Allerdings! Aber wir sind eben doch der Ansicht, daß gegenseitige Wünsche und Meinungen von Mund zu Mund viel wirkungsvoller und überzeugender zum Ausdruck gebracht werden können, als dies durch Einjendung von Anträgen usw. auf schriftlichem Wege möglich wäre. Und dann haben sich die Maschinensehervereine gegenseitig eben doch manches zu sagen, Meinungsverschiedenheiten aufzuklären und nach Mitteln und Wegen zu suchen, um den allenthalben sich zeigenden Mißständen, wie Kontrolle usw., wirksam entgegenzutreten zu können. Mit einem Worte: unser Bestreben geht dahin, das Wohl des Ganzen nicht aus dem Auge zu verlieren und unsre eigene Lage nach Möglichkeit zu verbessern. Und so sind wir des weitern überzeugt, daß auch die dem Kongresse anwohnenen Nichtmaschinenseher (Zentralvorstand usw.) nicht ohne Vorteil den Verhandlungen beiwohnen werden.

Nun ist ja — und das geben wir Maschinenseher ohne weiteres zu — der in Aussicht genommene Kongreß nicht der Weisheit höchster Schluß und das — unter Hintansetzung aller übrigen Interessen der Gesamtheit — begehrenswerteste Ziel unserer Bestrebungen; vielmehr ist und bleibt der letzte ausschlaggebende Faktor die Tarifkommission, der wir nur in mehr oder weniger erspriechlicher Weise durch unsere Kongreßberatungen vorarbeiten können. Inwiefern diese Vorarbeiten für die Tarifverhandlungen von wirklichem Nutzen sein werden, hängt von der Fähigkeit unserer Delegierten und von der geschickten Verwertung durch die Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen ab.

Die oben geschilderte geringe Meinung von unseren Bestrebungen dürfte aber doch einen tiefern Grund haben. Während wir Maschinenseher auffallend eingehend ins Gebet genommen wurden, hatte unser „Korr.“-Redakteur in seinem Referate für unsere Maschinenseherkollegen auch nicht ein einziges Wort des Tadelns übrig; nicht daß wir das gewünscht hätten, es fiel uns nur so nebenbei auf. Sollten hieran nicht die Maschinenseher selbst die Schuld tragen? Ist wirklich von uns in der Gesamtheit so viel gefündigt worden, daß es notwendig ist, mit aller Macht gegen uns ins Feld zu ziehen. Hat wirklich in weiten Kreisen der Maschinenseher ein so ungeheuerliches Ueberfundenumwesen Platz gegriffen, das nicht genug verurteilt und bekämpft werden kann? Oder sind wir in unser Gesamtheit so bedeutungslos, haben wir so wenige fähige Männer in unseren Reihen, die es gar nicht verstehen, das nötige Vertrauen zu erwecken? Diese Fragen werden wir ohne Zweifel auf unserm Kongreß von berufener Seite beantwortet erhalten; vielleicht gibt uns die Antwort eine gewisse Direktive für unser ferneres Wirken.

Un uns liegt es nun, zu zeigen, daß wir gewillt sind, mit voller Kraft in Gemeinschaft mit den dazu berufenen Vertretern diejenigen Mißstände in unseren Reihen zu beseitigen, die geeignet sind, uns fortgesetzt und immer mehr nicht nur in den Augen unserer Handseherkollegen, sondern auch in denjenigen unserer bewährten Führer herunterzustempeln und uns als Schädiger der Gesamtsolidarität erscheinen zu lassen. Mögen die Kongreßverhandlungen dazu beitragen, daß etwas wirklich Ersprechliches dabei herauskommt, dann werden die hierfür angewandten Mittel sicher reiche Früchte tragen und die gegenteiligen Ansichten über den Wert solcher Kongresse eine gewisse Korrektur erfahren.

Stuttgart.

J. Kö.

Wenn der Einsender vorstehender Zeilen auf mein Referat in Stuttgart glaubt bezug nehmen zu müssen,

zudem eine Aussprache darüber in Stuttgart selbst erfolgt ist, so hätte er es wenigstens in vollständigerer Weise tun und meine Ausführungen über die Maschinenseher im Zusammenhang wiedergeben sollen. Eine so dumme Redensart, wie: „die Maschinenseher sogar glauben, einen Kongreß abhalten zu müssen“, ist von mir selbstverständlich nicht gefallen, sondern ich habe im allgemeinen die persönliche Ansicht geäußert, daß solche Kongresse den ihnen zugeschriebenen Wert nicht besitzen. Ferner habe ich doch deutlich genug die Notwendigkeit der Sparten begründet und damit selbstverständlich auch eine entsprechende Tätigkeit dieser Spezialvereinigungen. Daß ich an unliebsame Erscheinungen, welche dabei hervortreten, anknüpfte, geschah deshalb, um den Maschinensehern im allgemeinen etwas ins Gewissen zu reden, und weil wir alle verbessernd in unserm Organisations- und Tarifleben zu wirken haben. Ich kann in bezug auf meine Stuttgarter Äußerungen nur mit der Bibel sagen: „Gabe ich unrecht, beweise mir das Unrecht, habe ich recht, warum schlägst du mich?“
Heghäuser.

Arbeiterfreunde in der Theorie und Arbeiterfreunde in der Praxis.

Zu diesem Artikel in Nr. 4 erhalten wir nachstehende, vom Herrn Oberbürgermeister Dr. Vender-Breslau unterzeichnete Berichtigung:

Unter Bezugnahme auf § 11 des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874 eruchen wir Sie um Aufnahme folgender Berichtigung in die nächste Nummer des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“.

Die tatsächlichen Angaben in dem Artikel „Arbeiterfreunde in der Theorie“ in Nr. 4 des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ über die Besprechung des Oberbürgermeisters Dr. Vender mit einer Arbeiterdeputation werden wie folgt berichtigt:

1. Den Arbeitern ist bei ihrem ersten Erscheinen im Rathause nicht gesagt worden, daß sie eine Audienz nachsuchen hätten, sondern daß der Oberbürgermeister mit einer schon wartenden Magistratsdeputation ausfahren müsse, und sie also jetzt nicht empfangen könne. Sie möchten ihre Wünsche schriftlich mitteilen, dann würde ihnen eine passende Stunde zur Aussprache bestimmt werden.

2. Zur Besprechung war nicht ein Heer von Magistratsbegegneten, Betriebsleitern, Vorarbeitern, Aufsehern und Unterbeamten bestellt, sondern nur die zwei Begegneten und drei Betriebsleiter der in der Deputation vertretenen Arbeitergruppen und ferner als Zeugen je ein unbeteiligter Arbeiterkollege jedes der vier Deputierten.

3. Der Oberbürgermeister Dr. Vender hat weder bei dieser, noch bei irgend einer andern Gelegenheit den Verbandssekretär Mehlein einen hergelaufenen Menschen oder sonst mit einem nichtachtenden Ausbrude genannt. Er hat lediglich abgelehnt, diesen Herrn als Vertreter städtischer Arbeiter zu empfangen, weil er bereits wiederholt wegen Beleidigung städtischer Beamten bestraft sei.

4. Der Oberbürgermeister Dr. Vender hat es abgelehnt, die vier Arbeiter als Vertreter aller städtischen Arbeiter anzuerkennen, aber nicht den behaupteten Grund angeführt. Er hat vielmehr gesagt, daß keineswegs die Mehrzahl der städtischen Arbeiter an der Versammlung teilgenommen habe, daß dagegen zahlreiche Nichtarbeiter anwesend gewesen seien, und daß gerade diese das große Wort geführt hätten. Er hat dabei nicht gesagt, daß Unterschriften vom großen Zeile erzwungen würden, sondern daß er zur Vertretung schriftliche Vollmacht fordern müsse, weil soeben bezüglich eines Verbandsgenossen der Deputierten festgestellt worden sei, daß er Unterschriften unter seine Petition gefälscht habe.

5. Der Oberbürgermeister hat nicht ein Privatissimum über hohe Gasarbeiterlöhne und Lohnzulagen gehalten; er hat in Beziehung auf die Gasarbeiter lediglich die Behauptung zurückgewiesen, daß Breslau die niedrigsten Löhne von allen Großstädten zahle und gesagt, daß dies auch schon vor den mit Rücksicht auf die Teuerung im Laufe des letzten halben Jahres gewährten beiden Lohnzulagen der Fall gewesen sei.

6. Der Oberbürgermeister hat die Berufung auf die teuren Fleischpreise nicht, wie angegeben, abgewiesen, sondern mit der Begründung, darum seien doch eben im letzten halben Jahre zwei außerordentliche Lohnzulagen von je 20 Pf. auf den Tag dauernd gewährt worden,

und zwar die eine ohne alles Zutun der Arbeiter. Er hat dann lediglich im Gespräch hinzugefügt, daß das Fleisch glücklicherweise ja bereits billiger geworden sei und hoffentlich noch billiger werden würde.

7. Der Oberbürgermeister hat die Arbeiter nicht für Beifall verantwortlich gemacht, der Herr Mehrlein in einer Versammlung geknirscht worden sei, sondern für ihre Zustimmung zu beleidigenden und verletzenden Beschlüssen gegen ihre Vorgesetzten, wie Herr Mehrlein sie in seinen Versammlungen den städtischen Arbeitern vorzuschlagen ließe.

8. Der Oberbürgermeister hat den Arbeiter Mohaupt nicht ganz fürchterlich angeheulert und durch Ausreden bedroht, sondern er hat den Arbeitern Mohaupt und Reichelt lediglich gesagt: „Warum lachen Sie mir eigentlich so unmanierlich ins Gesicht? Was ich Ihnen sage, ist doch nicht lächerlich. Es ist mir sehr ernst damit, und wenn Sie wollen, daß ich mit Ihnen über diese Dinge verhandeln soll, so bitte ich mir ein anständiges Verhalten aus. Ich verbitte mir Ihr Lachen.“

9. Der Oberbürgermeister hat nicht gesagt, daß die Sozialdemokratie jede Lohnzulage ja doch nur in dem Sinne ausbeuten würde, dieselbe wäre nur bewilligt, weil sie da und auf den Plan getreten wäre; er hat vielmehr gesagt, daß die städtischen Arbeiter ihren Forderungen durch nichts so schaden, als durch die verletzende und drohende Form, in der sie sie unter dem Einfluß des sozialdemokratischen Arbeitersekretärs zu stellen liebten. Dadurch würde die Bereitwilligkeit des Magistrats geschwächt, weil er auch den Schein vermeiden müsse, als gäbe er Drohungen nach und als hätten Anträge in verletzender Form mehr Aussicht auf Erfolg, wie ruhig und sachgemäß gestellt.

10. Der Oberbürgermeister hat den Arbeitern Mohaupt und Reichelt nicht gesagt: „Sie sollten doch froh sein, daß wir Sie überhaupt noch beschäftigen, denn Sie sind doch beide schwer bestraft.“ Als die genannten beiden Arbeiter nach Empfang des ablehnenden Bescheides die Anschuldigung gegen die Betriebsbeamten erhoben, als ob diese die guten Absichten des Magistrats vereitelten, forderte der Oberbürgermeister, daß ihm irgend ein derartiger Fall angeführt werde. Dies konnten die Deputierten trotz dringender Aufforderung nicht. Als statt dessen der Arbeiter Reichelt schließlich vorbrachte, daß einer seiner Vorgesetzten den Dienst verfallen und dem Oberbürgermeister darüber falsche Anzeige erstattet habe, wies der Oberbürgermeister diese Denunziation als nicht hergehörig scharf zurück und führte aus: „An solchen bösen, grundlosen Vorwürfen und an dieser gar nicht hergehörigen Denunziation erkenne er recht, wie feindselig die Deputierten ihrerseits den Vorgesetzten gegenüber ständen, von denen sie eine wohlwollende Behandlung wünschten. Und dabei hätten doch gerade Mohaupt und Reichelt keine Ursache, über Mangel an Wohlwollen bei ihren Vorgesetzten zu klagen, denn sie seien von diesen Vorgesetzten in den städtischen Dienst aufgenommen und aller Lohnsteigerungen teilhaftig gemacht worden, obwohl sie doch beide vor Eintritt in den Dienst — der erstere im vorigen Jahre, der zweite vor Jahren — gerichtlich wegen Eigentumsvergehens und Reichelt vor einigen Jahren auch wegen Körperverletzung bestraft waren.“

Als hier der Arbeiter Reichelt einwarf, es täte ihm leid, daß das hier vorgebracht werde, erwiderte der Oberbürgermeister: „Das gehört allerdings hierher, wenn Sie über Ihre Vorgesetzten so sprechen. Ich will aber mit Ihnen nicht weiter verhandeln! Gehen Sie hinaus! Sie werden entlassen.“

11. Unrichtig ist es, daß die Strafen, die der Oberbürgermeister erwähnt hat, 24 Jahre rückwärts lägen. Der Führer der Deputation ist allerdings schon im Jahre 1889 mehrmals wegen schweren und einfacher Diebstahls usw. im ganzen mit neun Monaten Gefängnis bestraft worden, aber auch noch im Jahre 1903 wegen Taschendiebstahls mit drei Monaten Gefängnis. Der zweite Redner der Deputation ist wegen Unterschlagung allerdings schon im Jahre 1893 mit drei Monaten Gefängnis, aber erst im Jahre 1899 wegen vorsätzlicher Körperverletzung bestraft worden.

12. Der städtische Betriebsbeamte, der den Arbeiter Reichelt ablehnte, hat nicht gesagt, es täte ihm leid, den Reichelt zu verlieren usw., sondern er hat den Reichelt gewarnt, nochmals die Fabrik zu betreten, da er sonst zu seinem Bedauern genötigt sein würde, ihn hinauszuführen zu lassen.

13. Es ist unvahr, daß im Entlassungsscheine des Arbeiters Reichelt „Unverschämtes Betragen“ als Entlassungsgrund angegeben sei. Es ist überhaupt kein Entlassungsgrund eingetragen worden.

14. Es ist unrichtig, daß an demselben Tage noch ein anderer städtischer Arbeiter „die Annahme, das gesetzliche Koalitionsrecht auszunutzen“, mit der Strafe sofortiger Entlassung büßen mußte.

Der betreffende Arbeiter wurde entlassen, weil er Unterschriften unter einer Eingabe an den Magistrat gefälscht und dies hinterher wahrheitswidrig bestritten hatte.

15. In allen Teilen unrichtig ist die Mitteilung, daß städtischen Arbeitern eröffnet worden sei, sie dürften in Zukunft keine Petition mehr abgeben, der Herr Oberbürgermeister wolle Ruhe haben; sie könnten auch nur einzeln und persönlich um Lohnserhöhungen usw. vorstellig werden.

Wir haben vorstehender umfangreicher Erwiderung des Breslauer Oberbürgermeisters vollinhaltlich Abdruck gewährt, obwohl diese Zuschrift keine Verächtigung im Sinne des § 11 des Preßgesetzes ist. Zur Sache selbst wäre unserselbst nur zu erklären, daß wir dem Mo. ge-

zeichneten Artikel erst dann Aufnahme gewährten, nachdem die Unterlagen zu demselben mit den sehr ausführlichen Darlegungen der Breslauer „Volkswacht“ sowie den Schilderungen der übrigen Arbeitertagespresse sorgfältig verglichen und eine Zeit verstrichen war, die für eine Nichtigstellung von Seiten des ausgegriffenen Oberbürgermeisters Dr. Wender ausreichte genug gewesen wäre. Bis zu dieser Stunde haben wir aber weder in der Breslauer „Volkswacht“ noch anderswo (mit Ausnahme einer nur auf die Zeugnisaussstellung für Reichelt bezüglichen, im „Vorwärts“ vom 21. Januar) eine Verächtigung des Herrn Dr. Wender gefunden! Lediglich der „Korr.“ ist also mit einer Nichtigstellung bedacht worden, was wohl als ein Zeichen zu betrachten, welche Bedeutung man in Nichtbuchdruckerreisen dem Organe unsers Verbandes beimißt. Es wäre zu wünschen, daß sich das Interesse unserer Kollegen für ihr Organ in dem gleichen Maße hebt, und daß es von all demselben mit dem nämlichen Eifer gelesen wird, den augenscheinlich außerhalb des Gewerbes sehende Personen für unser Blatt entfalten. Die Redaktion.

Korrespondenzen.

Sch. Anstalt. Der binnen kurzen auf ein dreijähriges Bestehen zurückblickende hiesige Ortsverein hielt am verfloffenen Sonntag seine Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende Gräfer ergriffte den Jahres- und Kassenbericht, aus welchem u. a. folgendes zu entnehmen ist: Das vergangene Vereinsjahr ist für uns ein sehr ruhiges gewesen. Das Stiftungsfest wurde am 5. Februar, das Johannisfest am 2. Juli gefeiert. Der „Korr.“ wurde obligatorisch eingeführt (jedes Mitglied ein Exemplar). Die seit vorigem Jahre bestehende Bibliothek hat nicht den geößten Erfolg erzielt, und soll hierfür in diesem Jahre mehr Propaganda gemacht werden. Bezirksversammlungen wurden bei ziemlich reger Beteiligung besucht in Erfurt und Jena. Der Mitgliederstand betrug am Schlusse des Jahres 12. Nachdem noch der Gesamtvorstand gewählt und einige interne Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die anregend verlaufene Versammlung.

K. Bayreuth. Unsere Generalversammlung war leider nur schwach besucht. Aus dem Jahresberichte ist folgendes zu entnehmen: Obgleich der Tarif von allen hiesigen Druckereien schriftlich anerkannt ist, ließ die Bezahlung bei den meisten Firmen viel zu wünschen übrig. Darf dem festen und energischen Einschreiten unserer Tarifbehörden sind im abgelaufenen Jahre befriedigende Verhältnisse geschaffen worden. Die Mehrrentenstellung von Lehrlingen, trotz der vollen Ausnützung der Lehrstufkale in der größten Druckerei am Orte, gab Veranlassung zur Beschwerde, und ist der erzielte Erfolg nur dem Tarifamte gut zu schreiben. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als die betreffende Druckerei von jeher um möglichst viele Lehrlinge besorgt war. Und die Beschwerde war notwendig, obgleich der betreffende Prinzipal stellvertretender Kreisvorsitzender der Prinzipalsorganisation ist, die meisten Regierungsarbeiten erfüllt, aber den Tarif, obwohl von der Regierung empfohlen, als unbequeme Fessel betrachtet. Sechsmaschinen sind vorhanden zwei Monolines, die bei den Handsehern untergebracht sind, und zwei Intotypes, die in gesondertem Raume stehen. Mitgliederstand Ende 1904: 26, Ende 1905: 32. Nichtmitglieder stehen noch neun am Orte. Da der Gantag in Würzburg die Wiedereinführung eines Gauzususses ablehnte, die Generalversammlung eine Aenderung im Unterstützungsweisen nicht brachte, auch die Errichtung einer Ortskrankenkasse in Bayreuth in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist, beschloß die Mitgliedschaft einstimmig die Errichtung einer Ortszususskasse für Kranke und Konditionslose. Der wöchentliche Beitrag zur Ortskasse wurde vom 1. Juli 1905 ab von 10 auf 20 Pf. erhöht und trat die Unterstützungsätze mit 50 Pf. für Kranke und 30 Pf. für Konditionslose pro Tag am 1. Januar 1906 in Kraft. Der Vermögensstand der Ortskasse stieg von 24 auf 127 Mk. Der „Korr.“ wird in 19 Exemplaren gehalten und aus der Ortskasse bezahlt. Wegen Schluß des Jahres wurde noch eine weitere Druckerei eröffnet, so daß nun deren acht vorhanden sind. Der vom Kartelle geplanten, von unseren Kollegen angeregten Arbeitslosenliste für die Stadt Bayreuth (seinerzeit unter Rundschau auch im „Korr.“ erwähnt) wurde von den übrigen Gewerkschaften im Prinzip zugestimmt, aus finanziellen Gründen aber abgelehnt. Ein zu errichtendes Arbeitersekretariat (bei 600 bis 800 organisierten Arbeitern) wurde von den Buchdruckern des Kostenpunktes wegen verworfen.

Rz. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenseverein. Versammlungsbericht vom 7. Januar.) Der Vorsitzende eröffnete die von 114 Kollegen besuchte Versammlung mit einer Rede, die einen Rückblick auf das vergangene und einen Ausblick in das kommende Jahr gestattete. Die Wellen der Erregung in unserm Verbands, die anlässlich des Zusammentritts des Buchdruckerparlamentes in eine Sturmflut auszuarten drohte, sei fürs erste beseitigt, und mit Ruhe und Besonnenheit rüste sich die Gehilfenschaft zur Tarifrevision. Redner sprach seine unvorhergesehene Bemühtung über den äußerst gefunden Entwicklungsang des Vereins aus, hob die große Sachlichkeit der Diskussion hervor, der sich alle Mitglieder beifügig hätten, und gab dem Wünsche Ausdruck, daß dies im laufenden Jahre noch prägnanter zur Geltung kommen möge. Der Schluß seiner Ausführungen klang in ein herzliches „Gut!“ für alle Anwesenden aus. Aus der Bewegungsstatistik, erstattet vom Kollegen

Höhne für das abgelaufene Halbjahr, ging eine hohe Zunahme von Sechsmaschinen im Vereinsbezirk hervor. Der Verein hat zurzeit einen Mitgliederstand von 186. Nachdem unter Vereinsmitteilungen verschiedene Interna erledigt waren, wurde zur Nominierung, von Kandidaten zur Delegiertenwahl des ersten deutschen Maschinensevereingresses Oftern 1906 geschritten. Unter eingehender Darlegung der Verhältnisse seitens des Vorstandes stellte die Versammlung für vier zu wählende Delegierte sieben Kollegen als Kandidaten auf. Es wurde Urmahl beschlossen. Nachdem noch mitgeteilt worden war, daß durch Neuaufstellungen von Maschinen verschiedene konditionslose Kollegen wieder Unterkunft gefunden haben und durch weitere Aufstellungen der Rest des Konditionslosenstandes verschwinden wird, wurde die Versammlung geschlossen.

P. Düsseldorf. Zweier III. gemeiner Versammlung (am 17. Dezember v. J. u. am 7. Januar d. J.) bedurfte es, um den Tätigkeitsbericht des Tarifschiedsgerichtes Düsseldorf im Jahre 1905 und den Kreisamtsbericht über die am 6. November hier abgehaltenen Kreisamtsitzung entgegenzunehmen. Beide Berichte gab in umfassendster Weise der bisherige Gehilfenvertreter Schipper. Während die Diskussion über den erstern sich nur in unwesentlichen Monita bewegte, gab der Bericht über die Kreisamtsitzung Anlaß zu zahlreichen, wie anerkannt wurde, berechtigten Ausstellungen. In erster Linie konnte die Versammlung sich nicht mit dem Beschlusse des Kreisamtes einverstanden erklären betreffend die weitere Duldung der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte an den Sechsmaschinen im „Düsseldorfer Tageblatt“. Hierdurch sei eine Prinzipienfrage aufgerollt worden, deren Verallgemeinerung von vornherein verhindert werden müsse, weshalb die Versammlung folgende Resolution einstimmig annahm: „Durch den gegebenen Bericht über die Kreisamtsitzung vom 6. November in Sachen „Düsseldorfer Tageblatt“ ist die heutige Allgemeine Buchdrucker-Versammlung der Ueberzeugung, daß der Beschluß des Kreisamtes, wonach im „Tageblatt“ die Mädchen an den Sechsmaschinen weiter beschäftigt werden können, wenn auch zu tarifmäßigen Bedingungen, durch den Tarifauschluß korrigiert werden muß, denn der § 34 des Tarifes besagt ausdrücklich, daß nur ordnungsmäßig ausgebildete Gehilfen an den Sechsmaschinen beschäftigt werden dürfen. War man gehilfenseitig mit den Maßnahmen der beiderseitigen Kreisvertreter bei Einführung des Tarifes durch genannte Firma durchaus nicht einverstanden, so lag das jetzt, nachdem der Firma bei Anerkennung des Tarifes im Jahre 1904 ausgegeben war, die weiblichen Arbeiter nach und nach von den Sechsmaschinen zu entfernen, absolut kein Grund vor, von dieser Forderung Abstand zu nehmen. Soll der § 34a des Tarifes durch Beschluß einer einzelnen Korporation ausgeschaltet werden können, so erblickt die heutige Versammlung hierin eine schwere Schädigung der Gehilfeninteressen. Die heutige Versammlung erachtet den Tarifauschluß, im Interesse der Durchführung des Tarifes, den Beschluß des Kreisamtes aufzuheben und der Firma „Düsseldorfer Tageblatt“ aufzutragen, daß statt der weiblichen an den in ihrem Betriebe tätigen Sechsmaschinen männliche Arbeiter (Maschinenseher) beschäftigt werden.“ Kommt schon in dieser Resolution zum Ausdruck, daß man von der Stellungnahme der Gehilfenvertreter bei der Kreisamtsitzung nicht befriedigt war, so war dies noch mehr der Fall, als sich herausstellte, daß diese im Gegensa zu den Prinzipalvertretern bei Vertretung ihrer Anträge usw. nicht einer Meinung waren, und bei einer so wichtigen Sache wie der Herabsetzung eines Sozialzuschlages diese vom Gehilfenvertreter befristet, von den Prinzipalvertretern dagegen befristet wurde. Die Versammlung sprach ihr lebhaftes Bedauern über derartige Vorkommnisse aus und verurteilte ganz entschieden, daß es aus Sparamtsrückichten den Gehilfenvertretern unmöglich gemacht sei, vorher ausgiebige Besprechungen abhalten zu können, um Entgleisungen derselben bei den Kreisamtsitzungen hintanzuhalten. Im weiteren Verlaufe der Versammlung gelangte noch ein dem Kreisamte zu unterbreitender Antrag zur Annahme, dieses zu eruchen, zur Steuerung der Arbeitslosigkeit bei den Prinzipalen Schritte zu unternehmen, daß Ueberstunden nur in dringendsten Fällen verlangt werden. Ein fernerer Beschluß ging dahin, über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Düsseldorfer Buchdrucker eine Erhebung anzustellen und die Kosten hierfür auf die allgemeine Düsseldorfer Tarifkass zu übernehmen. Ein wichtiges Kapitel gelangte noch am Schlusse der Versammlung zur Verhandlung — das einer Teuerungszulage. Nach einem Referate des Kollegen Bürgens über die Ursachen der jetzigen Teuerung und wie wir uns dagegen schützen, wurde beschlossen, ein Komitee, bestehend aus den Vertrauensleuten der einzelnen Druckereien, zu wählen, welches den Prinzipalen mit der Bitte um Gewährung einer Teuerungszulage die in dieser Versammlung gefasste Resolution unterbreiten soll. — Aus der letzten, am 13. Januar abgehaltenen Bezirksversammlung ist zu berichten die Wahl einer Kommission zur Vorbereitung von Tarifanträgen. Ueberhaupt stand die Versammlung im Zeichen der Wahlen. Es wurden die Kandidaten zur Neuwahl des Vorstandes aufgestellt sowie die Wähler der Kartellbegeleitern vollzogen. Die Versammlungsreform, die jetzt mehr denn je in den Vordergrund getretene Frage, wurde auch hier aufgerollt und führte zu dem Vorschlage, nach den Neuwahlen des Vorstandes einen praktischen Versuch dahingehend zu machen, die Versammlungen ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen zur festgesetzten Zeit pünktlich zu beginnen und gleichfalls eine Schlußzeit zu bestimmen. An den Mitgliedern selbst wird es

liegen, ob der Versuch von Erfolg gekrönt wird; durch Dauerreden, völliges Versagen bei Vorschlägen zu Wahlen, unüberlegte Vorschläge und vieles andere mehr, wie es diese Versammlung z. B. zeitigte, wird auch der beste Vorschlag zu schanden. In Rücksicht der uns bevorstehenden ersten Zeit ist wahrlich von jedem einzelnen mit Fug und Recht zu erwarten, daß er an seinem Teile mitthilt zur Verbesserung der unheiligen Versammlungsbesuchverhältnisse. Die nächste Versammlung wird sich mit einem aus dieser zurückgestellten Anträge zu beschäftigen haben, welcher die Höherentlohnung bei Ausleihbedingungen betrifft, hervorgegangen aus der auch bei hiesigen Firmen beobachteten Praxis, vor den Feiertagen Entlassungen und nach denselben Neueinstellungen vorzunehmen.

Gotth. Der in der Generalversammlung der hiesigen Mitgliedschaft verlesene Geschäftsbericht erwähnt eine äußerst rege Vereinsbetätigung, die insgesamt 13 Versammlungen beschäftigte. Der Mitgliederstand war von 85 zu Beginn des Jahres auf 110 gestiegen und betrug am Schluß des Jahres 94. Das Johannisfest wurde durch einen Ausflug in den Thüringer Wald gefeiert; ein Wustagsausflug vereinigte uns mit den Erfurter Kollegen. In das Gewerkschaftsstartell sind zwei Kollegen delegiert. Für die Arbeiterbewegung sowie für Unterstützung von Hinterbliebenen verorbener Kollegen war die Kasse stark in Anspruch genommen. Dem Komitee sind bis auf eine kleine Druckerei sämtliche hiesige Geschäfte angefallen.

Th. Gaudenz. Die am 12. Januar abgehaltene Generalversammlung war fast vollzählig besucht. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erstattete der Schriftführer Thimm den Jahresbericht. Denselben sei folgendes entnommen: Dürftige Wollen verdedten zu Anfang des Berichtsjahres die Aussicht für eine sonnige Zukunft und schien die Luft, die unsere Mitglieder in Folge der Haltung eines sehr großen Teiles derselben im Oktober 1904 gelegentlich der Generalversammlung eines uns nahestehenden Vereins in zwei sich feindlich gesinnete Lager gerissen, fast unüberbrückbar. Trotzdem in einzelnen Vereinsversammlungen heftige Debatten über diese Angelegenheit entbrannten, die mehr „reingedenken“ Gewinnen glücken, wollte eine verständliche Stimmung nicht eintreten. Erst allmählich, infolge des immer deutlicher hervortretenden gespannten Verhältnisses und der verlegenden Verdächtigungen seitens einer hiesigen Firma unseren Mitgliedern gegenüber, trat in unserm Vereine eine friedliebende Reue ein, welche nach und nach alle gehabte Bitterkeit vergessen ließ und ein freundschaftliches Verhältnis herbeiführte, von dem der Vorstand wünschte, dasselbe möge ein dauerndes sein. Sämtliche hiesigen Firmen sind jetzt tariffrei. Vorgetommene Tarifverleugungen wurden mit Hilfe des Tarifamtes in friedlicher Weise beseitigt. In letzter Zeit sei es leider vorgekommen, daß minderwertige Leistungen ihre Arbeitskräfte hier weit unter Tarif anbieten — in einem Falle sogar für 15 Mk. — und wird uns dadurch unsere Arbeit sehr erschwert. Der flotte Geschäftsgang im Berichtsjahre brachte es mit sich, daß wir Arbeitslose am Orte hier nicht hatten, was jedoch nicht ausreichte, daß einige Kollegen wegen Arbeitsmangel ihre Plätze verlassen mußten; doch fanden selbstige in anderen Orten gleich wieder Beschäftigung. Ueberstunden werden hier selten und nur in äußersten Fällen gemacht. Angeichts der immer mehr und mehr um sich greifenden Teuerung aller Lebensmittel richtete das technische Personal der Firma Gustav Köthe (Buchdruckerei des „Vefelligen“) anfangs Dezember an die Geschäftsleitung ein Gesuch um Bewilligung von Teuerungszulagen mit dem Erfolge, daß die Herren Geschäftsinhaber in bereitwilligster Weise dem Gesuche entsprachen. Die verheirateten Kollegen erhielten 30 Mk., die unverheirateten 15 Mk.; die Gesamtsumme betrug 1600 Mk. Sechsmaschinen (Sixotypes) sind hier zwei in Betrieb, und zwar bei der Firma Gustav Köthe, dieselben werden in doppelter Schicht in Betrieb gehalten. Das Vereinsleben im Berichtsjahre war ein sehr reges. Die Versammlungen waren meist gut besucht. Einen schweren Verlust erlitt unser Verein Mitte Februar durch den Weggang des zweiten Vorsitzenden Artur Schöner, der nach Leipzig überfiedelte; er hat stets treu und fest unsre Sache vertreten. Am 16. Juli weilten vom Gauvorstande dessen Vorsitzender Ragnokt und der Kassierer David in unsrer Mitte, um über die Dresdener Generalversammlung zu berichten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Notwendigkeit der von uns erstrebten Bildung von Bezirksvereinen den Gauvorstandsmitgliedern gegenüber erörtert, doch äußerten sich dieselben sehr kühl zu dieser Sache. Mit dem Restantenunwesen, das einzelnen unserer Mitglieder als unheilbare Krankheit anhaftet, hatten sich die Versammlungen wiederholt zu beschäftigen. Mit dem „Ostdeutschen Anzeiger“ in Wehlar, der unsre Organisation wiederholt besudelte, beschäftigte man sich mehrere Male; die Ausgebirten des Herrn Scheffler erregten jedoch mehr Heiterkeit als Entrüstung bei unseren Mitgliedern. Ebenso wurde das Gutachten der Graubönder Handelskammer betreffend gesetzliche Festlegung unserer Beitragskala einer Besprechung und Kritik unterzogen; beiden wurde durch den „Korr.“ die nötige und richtige Antwort erteilt. Das Stiftungsfest, verbunden mit der Johannisfeier, wurde am 24. Juni im „Walbhäuschen“ begangen, ferner fand ein Familienabend am 28. Oktober ebenfalls statt. Unsre Arbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder ist im Berichtsjahre leider nicht von demselben Erfolge begleitet gewesen als im Jahre 1904; in demselben hatten wir 14 Neuaufnahmen zu verzeichnen, während es 1905 deren nur 6 waren. Das Arbeitsfeld, das uns hier angewiesen, ist auch schwer zu beackern. Von

den 63 hier konditionierenden Kollegen gehören eine große Anzahl anderen Organisationen an, so der Prinzipalkasse und dem Politischen Verbande; der Gutenbergsbund ist hier nicht vertreten. Unser Mitgliederstand betrug am Schluß des Jahres 1904 31, am Schluß des Jahres 1905 30 Mitglieder. Der augenblickliche Mitgliederstand ist 33. Die Opferwilligkeit unserer Mitglieder hat sich im Berichtsjahre bei den verschiedensten Gelegenheiten wiederholt betätigt. Wir können diesen Bericht nicht schließen, ohne unseren Mitgliedern für die treue Eingabe im Dienste unsrer Organisation und die bereitwillige Unterstützung bei den verschiedensten Anlässen zu danken, und verbinden damit zugleich die Bitte, auch fernhin treu zu unsrer Sache zu halten und fest zusammenzustehen in guten wie in bösen Tagen und mitzuarbeiten am weiten Ausbau unsers Verbandes. Kollege Schachschneider dankte hierauf dem Vorstande für die treue Mithewaltung, der es verstanden hat, trotz mancher Hindernisse das Vereinsgeschäft sicher zu führen. Der alte Vorstand (Gotth. Liebetanz als Vorsitzender und Ed. Biedtke als Kassierer) wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen und der Briefkasten beantwortet. Somit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf den Verband in der Generalversammlung.

Greis. In der am 13. Januar abgehaltenen, von fast allen Mitgliedern besuchten Jahreshauptversammlung übermittelte der Vorsitzende den Kollegen anläßlich des Jahreswechsels die besten Wünsche; sodann wurde einstimmig beschlossen, zur Beschaffung eines Bibliotheksschrankes eine dreimalige Extrasteuer zu erheben, um die Drückasse zu entlasten. Beim Rückblick auf das vergangene Vereinsjahr ist zu bemerken, daß zwei weitere hiesige Firmen den Tarif anerkannt haben, eine Firma auf Antrag des Ortsvereins vom Verzeichnisse gestrichen worden ist, mehrere Eingaben und Petitionen an Behörden eingereicht und teilweise in bejahendem, sympathischen Sinne beantwortet wurden. Wenn auch der hiesige Landtag die Petition des Tarifamtes nicht zu der seinigen gemacht hat, so ist doch durch dieses Vorgehen ein gewisser moralischer Erfolg auf dem Gebiete der Tarifgemeinschaft zu verzeichnen, was den beiden letzten hiesigen Tarifignoranten (Höfner & Co. und Ernst Hühner) zu denken geben wird. Unsere technischen Besprechungen, ein Vortrag und verschiedene Vorlesungen wurden mit den Monatsversammlungen verbunden und den Kollegen Gelegenheit geboten, ihr Wissen zu bereichern. Der Besuch der Versammlungen war durchschnittlich ein leidlicher, die Frequenz der Bibliothek konnte eine bessere sein. Mitglieder am Schluß des Jahres: 23. Da der Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer eine Wiederwahl ablehnten, verurteilte die Neuwahl eine ausgedehnte Debatte. Nach Erledigung verschiedener Interna wurde die Versammlung in später Stunde mit einem Hoch auf den Verband und den Greizer Ortsverein geschlossen.

r. Hamburg-Altona. Am 13. Januar fand unter ungeheurer Anzucht unserer Mitglieder und deren Freunden unser Wintervergügen statt. Eingeleitet wurde selbiges durch einige Tänze, worauf ein höchst interessantes Programm folgte. Dasselbe wurde ausgeführt von der Butenandtischen Kapelle, unsrer bewährten Liedertafel Gutenberg von 1877, dem Kollegen Hborn (Wariton), dem Regitator Herrn Langmaack, und schließlich gab es sogar ein parodistisches Ritterbrama, welches einige Kollegen in ergötzlicher Weise darstellten. Trotz der festlichen Stimmung herrschte während der Dauer des Programms Ruhe und Aufmerksamkeit, so daß alle am Programm Beteiligten ihr Können ungestört zum Ausdruck bringen konnten, welches oft in genialer Weise geschah. Eine Polonaise mit „lustigen Kriegen“ brachte die durch das Programm hervorgerufene Fidelität in ein neues Fahrwasser, und am Morgen seufzte mancher, als er doch schließlich die Festräume verlassen mußte: „Schieden tut weh!“

Sörde. In unsrer am 6. Januar abgehaltenen Generalversammlung, welche gut besucht war, erstattete der Vorsitzende G. Hendrichs den Jahresbericht, welchem wir folgendes entnehmen: In tariflicher Beziehung blieb alles beim alten, sämtliche Druckereien und Gehilfen sind tariftreu. Nur in der Druckerei Niemeyer gaben zwei Kollegen ihre Kondition wegen unpünktlicher Lohnzahlung auf, an deren Stelle ein Nichtmitglied trat; damit ist seit ungefähr sechs Jahren zum erstenmale wieder diese Marke am hiesigen Orte vertreten. Der Mitgliederstand blieb derselbe, am Anfang und Schluß des Jahres: 20. Die Durchreibungen wurden mit 21,70 Mk. unterstilt. Das Restantenunwesen, worüber früher oft Klage geführt wurde, hat jetzt glücklicherweise gänzlich abgenommen. Mit dem Wunsche, daß das neue Jahr, welches im Zeichen der Tarifbewegung steht, noch mehr Interesse am Vereinsleben zeitigen möge, schloß der Vorsitzende diese anregend verlaufene Versammlung.

Wbz. Kassel. (Witwenkasse für den Gau Frankfurt-Hessen, Sitz Kassel.) Am 7. Januar fand im „Gewerkschaftshaus“ in Frankfurt a. M. eine außerordentliche Generalversammlung statt, welche von 16 Delegierten besucht war und die sich mit der Reorganisierung der Kasse befassen sollte. Die Tagesordnung umfaßte drei Anträge, und zwar beantragten Frankfurt und Kassel die Umwandlung der Witwenkasse in eine Sterbekasse, während Marburg die Auflösung der Kasse herbeiführte haben wollte. Der gegenwärtige Kassenbestand beträgt rund 14000 Mk. bei 380 Mitgliedern (Beitrag 15 Pf. pro Woche) und sieben unterstützungsberechtigten Witwen, welche eine jährliche Unterstützung von je 100 Mk. beziehen. Die Kasse wäre unter diesen Umständen wohl lebensfähig geblieben, wenn der Wit-

gliederzuwachs stärker gewesen wäre oder die Möglichkeit bestanden hätte, das Obligatorium im Gau einzuführen. Es mußten also Mittel und Wege gefunden werden, um der Kasse eine stabile Grundlage zu geben, die auch dem sozialen Momente unsrer Zeit Rechnung trägt und geeignet ist, agitatorisch auf die Verbandskollegen zu wirken. Aus dieser Auffassung heraus entstanden die Anträge Frankfurt und Kassel. Der Antrag Marburg, welcher in zwei Teile zerlegt worden war, wurde gegen eine bzw. zwei Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde die Umwandlung der Witwenkasse in eine Sterbekasse mit 13 gegen drei Stimmen beschlossen. Die Anträge von Frankfurt und Kassel, die sich nur in der Unterstützungsstala und in der Forderung eines Sterbegeldes für Kinder unterschieden, wurden zu einem Kompromißantrage formuliert, welcher mit 13 gegen zwei Stimmen und einer Enthaltung angenommen wurde. Derselbe lautet: Das Sterbegeld ist für Mitglieder nach folgender Skala zur Auszahlung zu bringen:

Bei 50 Beiträgen 25 Mk.	Bei 250 Beiträgen 175 Mk.
„ 100 „ 50 „	„ 300 „ 200 „
„ 150 „ 75 „	„ 400 „ 300 „
„ 200 „ 125 „	„ 500 „ 400 „
Im Sterbefalle der Frau:	
Nach 50 Beiträgen 15 Mk.	Nach 400 Beiträgen 100 Mk.
„ 150 „ 40 „	„ 500 „ 125 „
„ 250 „ 75 „	„ „ „

Bei dem Sterbefalle eines Kindes bis zum vollendeten sechsten Jahre 12,50 Mk. und bis zum vollendeten vierzehnten Jahre 25 Mk. Die Umwandlung der Kasse hat vom 1. Januar 1906 ab zu geschehen. Die vorhandenen Witwen werden mit je 300 Mk. abgefunden. Als Sitz der Kasse wurde Kassel einstimmig wieder gewählt. Es liegt nun an allen Verbandskollegen des Gaus, ihr soziales Verständnis dadurch zu bekunden, daß sie der Kasse beitreten. Nur dadurch kann eine dauernde Lebensfähigkeit der Kasse ermöglicht werden zum Wohle ihrer selbst, ihrer Witwen und Waisen.

Rönigsberg i. Pr. (Maschinenfahrgewerksverein für Ostpreußen.) Am 14. Januar hielt der Verein seine Generalversammlung ab, die sich eines fast vollzähligen Besuchs erfreute. Erschienen war auch ein Vertreter des Gauvorstandes. Aus dem Vorstandsberichte ist zu entnehmen, daß der Verein 24 Mitglieder, und zwar 16 in Rönigsberg, 6 in Tilsit und 2 in Memel zählt. Die übrigen Druckorte der Provinz, in denen sich Sechsmaschinen befinden, wie Allenstein, Lyck, Stallupönen, sind trotz mehrfacher Bemühungen nicht für unsre Sache zu gewinnen gewesen. Auf tariflichem Gebiete hatte der Verein insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als durch seine Vermittelung die Kollegen in Tilsit und Memel tarifmäßige Bezalung erhielten. Die Situationsberichte ergaben, daß sämtliche Kollegen in Rönigsberg über Minimum entlohnt werden und die hygienischen Verhältnisse durchweg gute zu nennen sind, wenn auch hier und da noch einiges der Verbesserung bedarf. Es wurde der Forderung Raum gegeben, daß der kommende Maschinenfahrgewerksverein sowie die Tarifberatung dem Maschinenfahrgewerksverein endlich eine feste Grundposition bringen (Ja, ist denn eine solche nicht da? Reb.) und demzufolge seine Lage verbessern würden. Der alte Vorstand wurde per Affirmation wiedergewählt. Nach Abwidelung der sehr reichhaltigen Tagesordnung wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

O. M. Leipzig. Keine Teuerungszulage erhielt das Personal der Firma Gebr. Jungfang, wohl aber als Antwort auf ein an die Geseß betreffender Firma gerichtetes Schreiben den Beschluß, daß eine Teuerung überhaupt nicht bestehe. Zum Beweise dafür wurde ausgeführt, daß die hiesige Engroschlächterei Köfer billiges Kalb- und Schweinefleisch inseriere. Ein Chef der genannten Firma gab die Erklärung ab, es tue ihm leid, keine höheren Löhne zahlen zu können, aber er dürfe seinen Jnnungskollegen nicht vorgehen. Herr Jungfang ist also eine gute Jnnungsstutze, hält es aber mit der Logik vereinbar, sein Personal an den Jnnungsignoranten Köfer zu verweisen.

Raderbott. Unsre erste diesjährige Versammlung fand am 10. Januar im Vereinslokale statt. Sämtliche Mitglieder waren anwesend. Seit Bestehen des Ortsvereins (November 1905) schwankte die Zahl derselben zwischen 9 und 17. Jetziger Stand: 14. Zu bemerken ist, daß sämtliche Kollegen fremd am Orte sind. In der Versammlung wurde der alte Vorstand bis auf den Schriftführer einstimmig wieder gewählt. Unter anderem wurde beschlossen, eine Druckausstellung zu arrangieren, welche auch am 14. Januar stattfand. Zu derselben waren uns von Seiten der Maschinenfabriken Schelter & Giesecke, Rodtrock & Schneider und einiger Schriftgießereien in höchst zuvorkommender Weise Drucksaften zur Verfügung gestellt, wofür wir auf diesem Wege unsern besten Dank sagen. Die Ausstellung war öffentlich und wurde von vielen Kollegen besucht. Hoffentlich wird das mit dazu beitragen, am Orte noch einen Teil der Kollegen dem Verbande zuzuführen.

Schw. Reddinghausen. Der hiesige Ortsverein konnte am 1. Januar auf das erste Jahr seines Bestehens zurückblicken, und sichtlich wird Zufriedenheit die Gemüter der Kollegen erfüllen, denn das verfloßene Jahr hat viel Gutes für uns im Gefolge gehabt. Wie war es stiller, und wie ist es heute! Das „finstere Reddinghausen“ — eine andre Bezeichnung kannten die Kollegen der benachbarten Druckorte überhaupt nicht — ist mächtig aufgeblüht und sein Ortsverein gehört mit seinen 35 Mitgliedern zu den größten des Bezirks Bochum. Darum waren sich die Kollegen auch einig geworden, das erste Stiftungsfest in einer würdigen Weise zu feiern. Am

Silvestertage vereinigten sich nachmittags die Kollegen mit ihren Damen im Vereinslokale zu einer gemeinschaftlichen Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung, wozu die Gesangsabteilung Gutenberg mit mehreren Wiedern aufwartete. Das eigentliche Stiftungsfest fand am 6. Januar statt. Auch hier war die junge Gesangsabteilung unter der Leitung des Kollegen Weis eifrig bemüht, nach Kräften den Verlauf des Festes zu verschönern. Die Festrede hielt unser Bezirksvorsitzender Albrecht-Bodum, der in seiner bekannten beredten Weise den Werdegang des Verbandes schilderte, und unter anderem auch die Buchdruckerfrauen, „und solche die es werden wollen“ erwähnte, die Männer nicht abzuhelfen von der gewerkschaftlichen Arbeit, sondern im Gegenteile anzuspornen und anzuheuern. Brausend ertönte zum Schluß sein dreifaches Hoch auf den Verband durch den Saal. Hierauf begann der Festball, der, hin und wieder unterbrochen durch Gesangsstücke, humoristische Vorträge usw. — auch ein kleiner Ginatter wurde aufgeführt —, die Kollegen mit ihren Damen sowie die eingeladenen Gäste in vorzüglicher Stimmung bis in die frühe Morgenstunde zusammenhielt. Wenn nun noch gesagt werden kann, daß der Kassierer Hermann Schumzeln ein kleinen Uebereschuß seiner Kasse einverleiben konnte, so geht aus allem hervor, daß unser Ortsverein das so gut verlaufene erste Jahr seines Bestehens auch in jeder Hinsicht tadellos abgeschlossen hat.

Schleswig. Am 14. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine Hauptversammlung ab, zu welcher sich 23 Kollegen eingeschrieben hatten. Der Vorsitzende Müller forderte die Anwesenden auf, sich zu Ehren des auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen beliebten Kollegen Schwandt-Sfensburg, unser langjähriger Gaukassierer, von den Sigen zu erheben, welchem Wunsch gen entsprochen wurde. Darauf wurde der Jahres- und Kassierbericht sowie der Bericht der Revisionen und der des Bibliothekars entgegengenommen und gutgeheißen. Die freiwillig auf eine Wiederwahl verzichtenden Kollegen wurden dankend und anerkennend geehrt. Dann wurde beschlossen, die Versammlungen nicht mehr durch Rundschreiben anzuzeigen, sondern den Mitgliedern im Versammlungskalender unser Verbandsorgans davon Kenntnis zu geben. Aus dem Jahresberichte ist zu erwähnen, daß in der Buchdruckerei der „Schlesw. Nachrichten“ die Stinotype ihren Einzug hielt. Doch fanden deshalb keine Entlassungen statt, ja, die Geschäftsinhaberinnen bewilligte den Handgebern (nicht dem gesamten Personale, wie irrtümlich seinerzeit dem „Ror.“ gemeldet wurde) eine Teuerungszulage von 1 Mk. pro Woche. Außerdem steht noch ein Typograph im „Schleswiger Anzeiger“. Den Segern der Buchdruckerei Jul. Bergas wurde auf Vorschlag eines Kollegen eine dauernde Zulage von 1,50 Mk. pro Woche seit dem 1. Januar bewilligt ohne Unterschied der Dauer der Geschäftstätigkeit; auch bezahlte das Geschäft den Beitrag für Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Die Inhaber der beiden größten Druckereien am Orte („Schlesw. Nachrichten“ und Jul. Bergas), wo nur Verbandsmitglieder beschäftigt werden, bezahlen ihre Angestellten nun sämtlich über ein Minimum. Nichtverbandsmitglieder sind noch vier Mann am Blase, bei Joh. Ibbelen beschäftigt, denen dort ebenso viele Verbandskollegen gegenüberstehen. Bezahlung meist Minimum. Nach Erledigung einer mehr internen Angelegenheit schloß der Vorsitzende die sehr bewegt verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Speier. Am 13. Januar fand im Vereinslokale die diesjährige Generalversammlung des hiesigen Bezirksvereins statt, welche sehr schwach besucht war. Der Vorsitzende sprach sein Bedauern darüber aus, daß bei einer solch wichtigen Tagesordnung eine so große Interessiertheit vorhersehe. Aus dem Jahresberichte sei u. a. mitgeteilt: Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 46. Der Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig. Von jetzt ab haben die Vorstände resp. Delegierten anderer Gewerkschaften Zutritt zu den Versammlungen, auch wurde der Kartellbeitrag erhöht. Die Bezirksversammlung ersuchte im Laufe des Monats Dezember schriftlich die Prinzipale des Bezirks um eine vorübergehende Teuerungszulage. Das Resultat ist kurz folgendes: Bewilligt hat die Druckerei Groß & Cornitius dem Personale eine dauernde Zulage von 1 Mk. pro Woche, die Druckerei J. Steimer-Germersheim bewilligte ebenfalls dem Personale 1 Mk. resp. 50 Pf. pro Woche. Von einigen hiesigen Prinzipalen ging ein Antwortschreiben ein, welches sehr unklar gehalten war, so daß der Bezirksverein sich genötigt sah, den betreffenden Firmen eine Verächtigung zuzumachen zu lassen. Trotz alledem muß konstatiert werden, daß verschiedene Prinzipale dem Personale eine Weihnachts- resp. Neujahrzulage in Gestalt von künftiger Mängel zuteil werden ließen. Wenn Kassierberichte wurde bekanntgegeben, daß alles in schönster Ordnung sich befände und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Gesamtausfluß wurde per Affikation wieder gewährt. Hierauf wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt, wonach Schluß der recht gut verlaufenen Generalversammlung eintrat.

K. Tübingen. Zu der am 13. Januar im Vereinslokale abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins hatten sich erfreulicherweise die Mitglieder zahlreich eingeschrieben. Aus dem vom Vorsitzenden Bösch vorgetragenen Jahresberichte ist zu entnehmen, daß der Besuch der Versammlungen ein zufriedenstellender genannt werden konnte. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 1903: 43, am Schluß: 52. Der Kassierbestand ist gegenüber anderen Jahren ein sehr günstiger. Möge die Mitglieder immer mehr und mehr ein kollegialer Geist beherrschen, um ein friedliches Zusammen-

arbeiten zum Wohle unser Verbandes und des Ortsvereins selbst zu ermöglichen. Leider muß auch hier gesagt werden, daß immer noch einige jüngere Kollegen unserer guten Sache fernstehen. Wir wollen hoffen, daß denselben im neuen Jahre die Sonne der Erleuchtung scheinen wird.

Rundschau.

Teuerungszulagen hat auch die Firma Regel in Meife ihrem Personale gewährt, und zwar erhalten Verheiratete 1 Mk., Unverheiratete 50 Pf. pro Woche.

Schwindelmann über der Scharfmacherzunft werden auch bei Gelegenheit des bei der Firma Dr. Reismann-Grone in Essen ausgebrochenen Buchdrucker-ausstandes vollführt. Die von genannter Firma herausgegebene „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gehört ja zu den Organen in Deutschland, die sich ob ihrer Arbeiterfeindschaft einen nicht beneidenswerten Ruf erworben haben. Während aber diese Gattung der Tagespresse in ihren eignen Betrieben ihren feindseligen Standpunkt gegen die Organisationen der Arbeiterschaft im allgemeinen verleugnet, zum Teile sogar recht günstige Arbeitsverhältnisse aufzuweisen hat, ist das bei der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ von jeher anders gewesen. In diesem Spradprober der rheinisch-westfälischen Schlotjunfer war Konzeptions Trumpf, d. h. die in Betracht kommende Arbeiterorganisation, unser Verband, war gemäß dem Standpunkte des Fabrikfeudalismus ausgeschaltet. Bei Liebergang des Blattes in den Besitz von Reismann-Grone schien eine Verringerung eintreten zu sollen, aber der schon so lange latente und nun endlich zum offenen Ausbruch gekommene Konflikt zeigt ja, daß Herr Dr. Reismann in den alten Bahnen wandelt, ja vielleicht noch ein gefährlicherer Gegner der Arbeiterorganisation ist, als ihn die Tradition seines Blattes verspricht. Kein Wunder deshalb, daß sich die Scharfmacherzulage sofort seiner schützend annimmt und in ihren Pamphleten das Blaue vom Himmel herunterwindelt über die Ursachen des Ausstandes unserer Kollegen in dem Essener Scharfmacherblatte. Als erster scheint der berühmte Doktor Eisenbart gegen die Schäden der Tarifgemeinschaft — sonst auch Dr. Alexander Tille genannt — in den Sattel gestiegen zu sein, um in der von ihm herausgegebenen, bei seinem tarifgegnerischen Spießgesellen August Spieß in Mastst-Burdach gedruckten „Süddeutschen Wirtschaftskorrespondenz“ sein Köpfelein zu tummeln. Doktor Eisenbart läßt sich folgenbarmen im Sattel vernehmen: „Gegen den Buchdruckerart. Es ist bekannt, daß von mehreren Stellen im Buchdruckergerwerbe aus versucht wird, einen Verband zu gründen, welcher die Abschüttelung des Tarifrechtes seitens eines guten Teiles der heute der Tarifrechtspflicht unterliegenden Druckereien bedeuten wird. Der Grund dafür ist der unerträgliche Hochmut der Gehilfenerschaft, welcher die Herrschaft im Betriebe verlangt. So verlangen zurzeit die der Tarifrechtspflicht unterliegenden Gehilfen der Druckerei der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in Essen die Entlassung eines tariffreien Faktors, die Leitung der Druckerei lehnte dieselbe jedoch ab. Infolgedessen haben fünfzig Tarifhochträger ihre Kündigung eingereicht und versuchen einen kleinen Ausstand, obwohl das Tarifrecht einen solchen nicht gestattet. Da sie sich jedoch nicht stark genug fühlen, ihre Sache allein zu führen, so haben sie am 15. Januar eine Volkerversammlung abgehalten, in der sie sich an die Leidenhaftigkeit der Masse wandten. Bei den tönernen Füssen, auf denen die ganze Tarifherrlichkeit ruht, wird ihnen das nicht viel helfen“. Unsere Leser, welche den Gergang aus den Essener Korrespondenzen genau kennen, können daraus ersehen, mit welchem Uügenbrei die Presse durch solche Korrespondenzbüros regaliert wird. Wir selbst wollen auf dieses gelungene Fälscherkunststück gar nicht reagieren, das Zeug ist uns einfach zu dumm. Wo der Tille'sche Schwindel in öffentlichen Blättern erscheint, sende man einfach eine Verächtigung ein. Ueber eines haben wir uns aber doch gewundert, daß nämlich Tille sich nicht in Lobeserhebungen über den Gutenbergsbund ergeht, der die Vernichtung des Koalitionsrechtes durch die Firma Dr. Reismann-Grone wieder durch die Arbeitswilligkeit seiner Mitglieder sanktionieren läßt. Das muß doch wohl innerer Anerkennung finden bei Tille! Aber auch bei den christlichen Gewerkschaften, denen der Gutenbergsbund jetzt angeschlossen, und bei Herrn Chr. Tischendorfer, der unlängst den Berliner Hündeln einen Vortrag hielt, der eine objektive Würdigung der Organisationsverhältnisse in unserm Berufe und der dadurch geschaffenen Verhältnisse im Gehilfenlager sehr vermischen ließ.

Ueber den Stand des Streiks in Essen ist zu melden, daß Dr. Reismann Verhandlungen mit den Ausständigen nachsuchte. Da er jedoch den Arbeiterausfluß nicht empfangen, sondern sich selbst die Unterhändler auszusuchen wollte, so ließen selbstverständlich die ausländischen Kollegen diesen sonderbaren Einigungsversuch gleich von vornherein auf sich beruhen. Die von dem Geschäftsführer des Vereins rheinisch-westfälischer Buchdruckerbesther auf telephonischem Wege mit Dr. Reismann-Grone angeknüpften Verhandlungen verliefen ebenfalls resultatlos. Arbeitswillige haben sich nicht gefunden; von auswärts gekommene ununterrichtete Gehilfen dampften sofort nach erhaltener Aufklärung wieder ab. In seinem zweiten Blatte — „Rheinisch-westfälischer Anzeiger“ — läßt Dr. Reismann zur Revanche für Sadoua die Kollegen des „Allgemeinen Beobachter“ (Gaudrucker) von einem Gutenbergsbündler namens Karl Schmidt in Mittenstreich in der dreidrigsten Weise beschimpfen. Der „Rheinisch-Westfälische Anzeiger“ hat aber bereits eine Verächtigung von dem angegriffenen Personale bringen

müssen, so daß dieser im Straßenschlamm sich wälzende Bürche auch von den diesem Kampfe Fernerstehenden als das erkannt werden kann, was er ist: ein Schmutzschlimpfen Kalibers! Die Situation des Herrn Reismann ist aber trotz dieser doppelten Hilfeleistung von Gutenbergsbündlern und trotz der ihm bei der Arbeitswilligensuche von dem Buchdruckerbesther Fendler in Essen zuteil werdenden Unterstützung eine höchst prekäre. So hat die Zeitschrift „Glück auf“ bis auf weiteres ihr Erscheinen einstellen müssen. Was noch kommt, bleibt abzuwarten, denn die Umwerbung von Streikbrechern will der nach dem Standpunkte des eignen Herrn im Hause handelnden Firma trotz aller raffinierten Tricks nicht gelingen. Im „Allgemeinen Anzeiger für Druckerei“ (Klimsch & Co.) läßt Dr. Reismann-Grone unter folgender falscher Flagge seine Lokrufe ertönen: „Sofort zwei tüchtige Segler gegen hohen Lohn gesucht. Gest. Offerten unter K. A. 5995 an Rudolf Wölfe, Nonnenenergebittung, Köln a. Rh., erbeten“. Wer sich auf dieses unverdächtige Angebot meldet, erhält dann aus Essen von dem in der Tinte sitzenden Herausgeber Reismann-Grone eines berichtigten Scharfmacherblattes folgendes Telegramm: „Kann Sie, weil Streik, sofort tarifmäßig und bei Leistung Lohnzuschlag einstellen. Reisekosten werden ersetzt, nachdem Sie zwei Wochen fleißig arbeiten. Stellung dauernd und ausrichtsreich“. Natürlich pfeift jeder sich seiner Berufs- und Arbeiterehre Bewußte Kollege auf die Gelegenheit, bei Reismann-Grone mit dem Reichthum unseres Gewerbes kaserniert zu werden und wie beim Kommiss von einem Kompagniebarbier sich schaben zu lassen. Für noch unter dem Bruder Pollack stehende „Gutenbergsbündler“ mag es ja ein erhebendes Gefühl sein, die Knochen für einen Organisationsfeind zu Markte tragen zu können, jeder wirkliche Kollege aber hupst dem Dr. Reismann was auf seine trügerischen Angebote.

Konkurrenzöffnung: Buchdruckerbesther G. Sies in Pforzheim.

„Ein Arbeiterblatt für die Polizei!“ Unter dieser fettgedruckten Epigramme und in Sperdruck werden wir von der „Leipziger Volkszeitung“ beglückwünscht, der Leipziger Polizei und Staatsanwaltschaft als Schwurzeugen dienen zu wollen. Wörtlich schreibt das genannte Blatt u. a.: „In seiner letzten Nummer bekommt das Blatt (der „Ror.“. Red.) es fertig, zu schreiben, wir hätten an die Gewalt appelliert, und wir hätten das Bemühen gehabt, die Arbeiter auf die Straße und vor die Flinten des Militärstaates zu locken. Diesen Wüßhumpen erst zu widerlegen, hieße unsere Leser beleidigen. Wir haben genau das Gegenteil getan, wie wir aus fast jeder Nummer der Leipziger Volkszeitung konstatieren können.“ — Die „Leipziger Volkszeitung“ hat recht. Sie hat wirklich und wahrhaftig nicht aufgefordert, sich mit Flinten und Revolvern zu bewaffnen, sie hat nicht zur Anfertigung von Bomben geraten, sie hat nicht verlangt, die „Bednungskanallen“ an die Laternen zu hängen, sie hat nicht das Errichten von Barricaden empfohlen, kurzum, sie hat nicht an die Gewalt appelliert. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat vielmehr „genau das Gegenteil getan“. Wenn die „L. V.“ unsere Behauptung eine „Insamie“ nennt und uns der Verächtung aller „ehrliebenden Arbeiter“ preiszugeben sucht, warum hat sie das nicht getan, als wir in den Nummern 117 und 150 von 1905 noch viel schärfer das Gleiche behaupteten? Ach so, es hieße ja, „unser Leser beleidigen, diesen Wüßhumpen erst zu widerlegen!“ Deshalb hat die „L. V.“ geschwiegen. Aber aus anderen Gründen? Ihre Beschuldigung, der Polizei und der Staatsanwaltschaft zu dienen, ist übrigens nicht einmal neu. Den Veracht, solche Helfersdienste zu verrichten, haben gegen uns 1897 bereits die Genossen Bod und Strede ausgesprochen, die beiden „ehrliebenden Arbeiter“ der Connewitzer Konsumvereinsleitung.

Die Straßendemonstrationsprozesse in Dresden sind noch nicht beendet. Unser Notiz in voriger Nummer entstand ebenfalls auf Grund der Mitteilungen eines Dresdener Korrespondenzbureaus, die sich aber als falsch erwiesen haben. Wir werden die weiteren Fälle von Beurteilungen nach der tatsächlichen Wendigkeit dieser Prozeßkampagne summarisch bringen.

Auch in Chemnitz haben Straßendemonstrationsprozesse begonnen. Nach den ersten vier Urteilen zu schließen, herrscht bei den Richtern in Chemnitz eine wesentlich mildere Auffassung über diese Fälle vor als in Dresden, was selbstredend nur anerkennen ist. Ein 32jähriger Maurer erhielt wegen Varmens, Schimpfereien auf die Polizeibeamten und Widerstandes vier Tage Haft und zehn Tage Gefängnis, ein 23jähriger Nadelmacher wegen Varmens und Widerstandes vier Tage Haft und vier Tage Gefängnis, ein 21jähriger Eisenbreher wegen groben Unfugs und Beleidigung vier Wochen Haft und sechs Wochen Gefängnis, ein 23jähriger, vielfach vorbestrafter Former wegen Aufforderung zum Aufbruch sechs Monate Gefängnis.

Der 21. Januar liegt nun hinter uns. Der Verlauf dieses dem Proteste gegen das Dreifaltigenwählrecht bzw. der Erinnerung an den vor einem Jahre erfolgten Ausbruch der russischen Revolution gewidmeten Tages kann nur befriedigen, denn die Arbeiterschaft, welche doch die Kerntuppe bei politischen Demonstrationen bildet, hat vorzüglich Disziplin bewahrt. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätte unsere oftmals geäußerte Prophezeiung Erfüllung gefunden: die Reaktion hätte die so heiß begehrte Gelegenheit gehabt, ihren Gelüsten zu fröhnen. Nach den vorliegenden Berichten müssen die polizeilichen und die militärischen Vorbereitungen in weit-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 10.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 25. Januar 1906.

Inserate kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.;
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

44. Jahrg.

(Vorfekung aus dem Hauptblatte.)

gehendstem Maße getroffen worden sein, umfassender, wie wir es für möglich gehalten haben. Wir freuen uns also des ruhigen Verlaufes des „roten“ Sonntages, der für die Gewerkschaften nicht zuletzt hätte verhängnisvoll werden können. Die Nachrichten aus dem Auslande lauten ebenso befriedigend. In Wien fand nur eine Versammlung statt, nach deren Beendigung die Teilnehmer mit roten Fahnen und unter Gehrufen durch einige Straßen zogen. Die Pariser Versammlungen gingen ebenfalls ohne jeden Zwischenfall vorstatten. In Rom wurden nur Verhandlungen in geschlossenen Räumen gestattet, Kundgebungen anderer Art verboten. Am 22. Januar soll indes die Arbeit in der italienischen Hauptstadt geruht haben, auch kam es nach Schluß einer großen Versammlung zu einem Zusammenstoße zwischen Kavallerie und den Demonstranten, bei dem es jedoch nur Leichtverletzte gab. Aus den Orten der Schweiz wird ruhiger Verlauf und verhältnismäßig geringe Beteiligung gemeldet. So weit sich übersehen läßt, ist in Rußland der Tag in größter Ruhe verlaufen. In England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika scheint die Welt-demonstration ebenso spurlos vorübergegangen zu sein als bislang die Waisfeier.

Die Reichstagsverhandlungen der dritten Januarwoche brachten als hauptsächlichstes Moment einen bösen Scherz des Reichstanzlers, und zwar aus Anlaß eines bestimmten Falles in der Duellfrage. Fürst Wilow schloß diesen Kapitalbock allerdings nicht in eigener Person, sondern in der Form einer von ihm gegebenen und von dem preußischen Kriegsminister verlesenen Erklärung, die in dem Satze gipfelte: So lange der Zweikampf von weiten Kreisen als anerkanntes Mittel zur Weidherstellung der verletzten Ehre gilt, kann auch das Offizierkorps in seinen Reihen kein Mitglied dulden, welches nicht bereit ist, gegebenenfalls auch mit der Waffe für seine Ehre einzutreten. Man kann sich denken, daß diese Besöhnung eines den Gesetzen widersprechenden Zustandes, wie ihn das sich exklusiv dünkende Offizierkorps herausnimmt, seitens des obersten Reichsbeamten mit Ausnahme neuer Serwisstarke und eine bessere Abfassen-einteilung der Orte, wozu letztere namentlich den Unterbeamten zugute kommen soll, wurden, nachdem das Ungelegende der Regierungsvorlage ziemlich allgemein anerkannt worden war, der Budgetkommission überwiesen. Dann nahm der Reichstag einen Antrag Hompeß auf Gewährung von Diäten sowie einen Zusatzantrag Wassermann auf Einräumung freier Eisenbahnfahrt für die Reichstagsabgeordneten an. (Unter Bismarck wurde schon die unbefristete Fahrfreiheit einer Verschlechterung unterzogen.) Die Herren Volksvertreter machten ihrem Unmute, daß diese Förderung des Reichstags schon seit Jahrzehnten beschäfftige, wiederholt angenommen vom Bundesrat immer verworfen wurde, recht kräftig Luft. Daß in der Sitzung vom 17. Januar am Bundesratsstische nur zwei Kommissare anwesend waren, von denen der eine den wenig Hoffnung erweckenden Namen Wermut führte — Singer holte sich wegen dieser mit stürmischer Heiterkeit aufgenommenen Anspielung einen Ordnungsruf — verstärkte naturgemäß noch die Erbitterung, und es wurden sehr feste Töne angeschlagen und mit dem Streik des Reichstages in der verschiedensten Gestalt gedroht. Wenn das einmal wahr gemacht würde, (was nur zu wünschen wäre) die konservativen und die Freikonservativen würden nach ihrem diesmaligen Verhalten die Arbeitswilligen spielen. „Wir sind zu gute Kerle“, sagte der freisinnige Abgeordnete Müller-Meininger unter fast allgemeiner Zustimmung, die Probe aufs Exempel mit der Bezeugung des Gegenteiles wäre also gar nicht so unmöglich. Den übrigen Teil der Woche füllten koloniale Angelegenheiten aus. Es kristallisierte wieder bedenklich in unseren Klagen an der Sonne, woran die Affessorenwirtschaft die Hauptschuld trägt.

Ueber den Mitte voriger Woche in Berlin an zwei Tagen abgehaltenen Kongreß der Hilfskrankenkassen zwecks Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Hilfskassen können wir aus räumlichen Rücksichten erst in dieser Nummer berichten. Es waren 291 Kassen, die 850000 Mitglieder zählen, durch 243 Delegierte vertreten; immerhin also ein ganz ansehnlicher Preis von Interessenten, der da seine Stimme erhob. Wären nicht drei größere Hilfskassen auf besonderen Wunsch von der Teilnahme ausgeschaltet worden — die Schwindelkassen hatten natürlich überhaupt keinen Zutritt — wäre die Million jedenfalls erreicht worden. Die Ausschließung dieser Kassen (Germania in Altona, Große Vereinsklasse in Altona und Viktoria in Altona) erfolgte hauptsächlich wegen der zu hohen Verwaltungskosten derselben. Siemanowski-Berlin sagte in seiner einleitenden Ausführungen: Das Hilfskassengebiet könne man mit einem blühenden Kornfelde vergleichen, in dem sich eine Anzahl

Disteln und andres Unkraut befinden. Um das Feld zu reinigen, wolle die Reichsregierung es nun einfach abmähen, statt das Unkraut einzeln auszureißen. Wir wissen, daß dieses Gesetz den Vorwurf bildet, und daß halb der Hauptangriff gegen die Ortskrankenkassen nachfolgen werde. Wenn man dem Kassenwesen helfen wolle, dann sollte man gegen die Betriebs-, Jnnungs- und andere kleine Krankenkassen in erster Reihe vorgehen. Denn diese seien der größte Hemmschuh, daß sich die Versicherungs-gesetze zum Segen der verschicherten Arbeiterschaft entfalten. Die Betriebskrankenkassen werden aber nach jeder Richtung hin protegiert. Gegen dieses Vorgehen sei nun ganz energisch zu protestieren. Man sollte nicht, um die Schwindelkassen zu beseitigen, einfach mit den ganzen freien Hilfskassen reinen Tisch machen. Jaffe-Hamburg führte aus, daß Gesetz hätte sehr gut so umgestaltet werden können, daß es die Schwindelkassen traf und die freien Hilfskassen nicht hemmte. Schon vor der letzten Abänderung des Gesetzes im Jahre 1903 bestanden solche Schwindelkassen, und die Regierung hätte schon damals die Pflicht gehabt, gegen dieselben einzuschreiten. Der vorliegende Gesetzesentwurf tue das auch nicht. Er stelle sich als eine Aktion des Staates dar, der damit die Oberaufsicht über die Hilfskassen haben wolle, weil ihm diese jetzt im Wege stehen, um die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen anzustatten. Eine Vereinfachung des Krankenkassenwesens würde die Arbeiterschaft mit Freuden begrüßen. Das bezwecke der Entwurf aber nicht, im Gegenteil. Dann behaupten Gegner unserer Kassen, die Krankenkassen verwenden Mittel für sozialdemokratische Zwecke. Die Kassen werden aber von den Aufsichtsbehörden überwacht und gegebenenfalls hat die Behörde das Recht, die Kasse aufzulösen. Wenn eine Kasse ihre Mittel zu sozialdemokratischen oder überhaupt zu politischen Zwecken ausgenutzt hätte, dann würde die Aufsichtsbehörde sicherlich keinen Augenblick gezögert haben, zur Auflösung zu schreiten. Ein derartiger Fall sei aber nicht bekannt, also erweise sich der Vorwurf als unberechtigt. Sämtliche Diskussionsredner stellten sich auf den Standpunkt des Referenten, auch Hartmann-Berlin, Vertreter der Hilfskassen der deutschen Gewerksvereine. Reichstagsabgeordneter Frohme meinte, der Kongreß habe die Tendenz der Vorlage ganz richtig aufgefaßt. Diese Tendenz gehe dahin, dem staatlichen Bureaucratismus gewisse Konzeptionen zu machen, die sich nicht vereinbaren lassen mit dem Prinzip der Selbstverwaltung, mit den Interessen der Arbeiterschaft und der großen Masse des Mittelstandes, der in erheblichem Maße an den Hilfskassen beteiligt ist. Die Schwindelkassen seien in der großartigen Erscheinung des Hilfskassenwesens nur eine Nebenerscheinung. Die Ablehnung der Beteiligung des Reichsamtes des Innern werde bei den Arbeitern keinen günstigen Eindruck machen. Wenn es sich um Jüntler, Großindustrielle usw. handle, da verfehle die Reichsregierung nie, mit den berufenen Interessenvertretern Fühlung zu nehmen. Anders, wenn es sich um Arbeiter handle. Redner betonte noch, daß er mit Entschiedenheit für das Prinzip der Selbstverwaltung eintreten werde. Die Verhandlungen des zweiten Tages (Mittwoch) betrafen zunächst eine größere vorgelegte, dem Reichstage zu übermittelnde Resolution, die schließlich in der von der Redaktionskommission vorgelegten Fassung einstimmig angenommen wurde. Bei der folgenden Beratung verschiedener Entwürfe wurde von einem Antrage Richterfeld, der u. a. Entziehung einer ständigen Spezialkommission zur Durchführung der Beschlüsse wünscht, nach langer Debatte nur der Satz angenommen, daß auf Durchführung der Freizügigkeit der Hilfskassenmitglieder hingewirkt werden solle. Ein Antrag Breslau, für den Fall der Annahme des Gesetzes solle die Zentralleitung den auf dem Kongresse vertretenen gewesenen Kassen ein den neuen Umständen angepasstes Musterstatut zugehen lassen, wurde mit 76 gegen 58 Stimmen angenommen. Die Ausführung der Kongreßbeschlüsse wurde der bisherigen Kommission übertragen.

Der Streik der Buchbinder bei der Firma F. W. Hüßlin in Dortmund dauert an. — In Landsberg a. d. Warthe streiken 2000 Textilarbeiter. — Auf der Grube „Fürst Bismarck“ in Meuselwitz haben 200 Bergleute wegen Maßregelung und schlechter Behandlung die Arbeit niedergelegt. — Zu der angekündigten Ausperrung der Textilarbeiter in Pörsfeld und am Niederheine überhaupt kommt es jedenfalls nicht, denn die Fabrikanten haben nach Verlauf des zur Ausperrung festgesetzten Termins zu erkennen gegeben, daß sie zu Verhandlungen mit den ausständigen Zeugbrüdern bereit sind. — Die Ausbeutung eines Streiks zu Reklamezwecken ist jedenfalls ein neues Mittel der geschäftlichen Propaganda. Wir meldeten schon vor einiger Zeit, daß in einer Fleischkonjervenfabrik (Gedr. Winter) in Neumünster von den beschäftigten 22 Fleischgefestellen 21 die Arbeit einstellen, und zwar wegen Arbeitszeitverlängerung. Die Firma telegraphierte nun an die „Allgemeine Fleischzeitung“, bei ihr wären 100 Gesellen ausständig,

während 15 stehen geblieben seien. — Ein merkwürdiger Streik wird auch aus Augsburg gemeldet. Dortselbst stellte das Lehrpersonal der Brauerschule seine Tätigkeit wegen Nichtzahlung des Gehaltes für den Monat Dezember ein. Die Schule mußte geschlossen werden.

In Cilli streiken 2600 Bergleute wegen Ablehnung der Forderung einer Lohnerhöhung. — Auf einem Eisenwerke in Randorhegy (Ungarn) griffen streikende Arbeiter die wachhabenden Gendarmereposten an. Diese machten darauf ebenfalls von der Schutzwaffe Gebrauch, töteten neun Arbeiter und verwundeten außerdem eine große Anzahl. — In den Staatseisenbahnwerkstätten in Sofia sind 350 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Eingänge.

Die große Zahl der Abendlieder bereichert Kollege Paul Herling in Karlsruhe durch sein „Abendglücken“ betiteltes stimmungsvolles Lied vierstimmigen Männerchor. Dem von Josef Sieberg gedichteten Texte hat er ein ganzes und gefälliges musikalisches Gewand gegeben. Die Komposition ist reich an glücklich erfundenen Melodien und dürfte sich leicht Freunde erwerben. Verlag von Fritz Müller, Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 221. Preis der Partitur 60 Pf., der Stimme 15 Pf. kh.

Briefkasten.

U. K. in Berlin: Wie erhielten lediglich eine Ansichtskarte ohne nähere Adresse. Fragen Sie doch auf dem Verbandsbureau nach. — **J. F. in Neuwied:** Ohne Angabe der Firma können wir die gesandte Notiz nicht verwerten. Sie wollen uns ermächtigen, die Firma zu nennen, oder wir müssen auf die Besprechung verzichten. — **E. G. in Schwab-Gmünd:** 1. Es war doch eine Buchdruckerversammlung, weshalb das Fehlen eines Berichtes in dem genannten Blatte erklärlich ist. Zudem die Redaktion davon anscheinend gar keine Kenntnis hatte. 2. Ja, diese Statistik wird in diesem Jahre ergänzt, wie wir dies im Vorjahre angekündigt haben. — **U. W.:** Wird aufgenommen, aber bis zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht möglich. Im übrigen sehr erfreut darüber, daß Sie ganz richtig die ganze Angelegenheit nicht vom persönlichen Standpunkte aus auffassen. Und ein möglichst nicht zu knapp bemessenes Quantum Humor muß man sich immer bewahren, sonst mag der Teufel das ganze bißchen Leben holen. Gruß! — **R. G. in Leipzig:** 1. Wird von Fall zu Fall besorgt, ob mit oder ohne Unterstützung der hiesigen Kollegenschaft. 2. Ja. — **U. B. in Hamburg:** 3,55 M. — **P. S.:** 0,65 M.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseeplatz 5, III.

Mecklenburg-Lübeck. Die verehrl. Ortsvorstände und Vertrauensleute werden ersucht, ihre Jahresberichte bis zum 15. Februar einzusenden.

Bezirk Sirschberg. Die Vertrauensmänner im Bezirke wollen nunmehr die Mitteilungen für den Gaubericht umgehend an den Vorsitzenden einsenden.

Essen a. R. Achtung! Bei der Firma Th. Reismann-Grone hier selbst („Rheinisch-Westfälische Zeitung“) sind seit dem 16. Januar 54 Kollegen wegen Verteilung des Koalitionsrechtes im Ausstande. Die Drucker ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Posen. Die gemeldete Adressenveränderung von hier in Nr. 7 beruht auf einer falschen Meldung, die Personen des bisherigen Ortsvorstandes haben nicht gewechselt.

Adressenveränderungen.

Burg b. Magdeburg. Vorsitzender: Maximilian Steffenhagen, Berberth Chaussee 2; Kassierer: Robert Wienssch, Seimenstraße 6.

Elbing. Vorsitzender: Otto Schmidt, Blumenstr. 6, I; Kassierer: Herm. Geisenhof, Wilhelmstraße 36, II.

Ginshorn. Vorsitzender: C. Petersen, Goethestraße 7; Kassierer: H. Wilken, Gärtnerstraße 18.

Hildburghausen. Vorsitzender: Ed. Weder; Kassierer: A. Bausch (Druckerei der „Dorfzeitung“).

Leipzig. (Korrekturenverein.) Vorsitzender: F. Ober-über, Sternwartenstraße 23, III; Kassierer: E. Kunz, Schönefeld 6, Leipzig, Dimpelstraße 35.

Liebenwerda. Vorsitzender: Richard Plat; Kassierer: Ernst Tuchtenhagen.

Memel. Vorsitzender: D. Drews, Wiesenstraße 10a; Kassierer: Fr. Jonas, Schlenkstraße 14, I.

Pitna a. S. Vorsitzender: Martin Schbach, Bahnhofsstraße 20, III; Kassierer: Jakob Gyorgyowitsch, Schmiedestraße 24, II.

Regensburg. Vorsitzender: Joh. Wagner; Kassierer: Frz. Schmid.
Rheindt. Vorsitzender: P. Aug. Schmid, Buchdruckerei S. Leuchtenrath; Kassierer: Wily. Pelzer, Oberstraße.
Ruhrort. Vorsitzender: Jos. Vles; Kassierer: S. Wandhoff, beide Harmoniestraße 60.
Schw.-Gmünd. Vorsitzender: Jakob Wenzelburger („Zageblatt“); Kassierer: W. Frey („Renszeitung“).
Solingen. Vorsitzender: Ernst Finkel, Solingen-Höhscheid, Bienenstraße 6; Kassierer: Hermann Passolt, Blumenstraße 102, II.
Wernau. Vorsitzender: Albert Wüste, Markt 27; Kassierer: Hermann Birsch, Ziegelstraße 19.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Wschersleben die Seher 1. Hermann Bursch, geb. in Wschersleben 1886, ausgl. daf. 1904; 2. Otto Pfeiffer, geb. in Wschersleben 1885, ausgl. daf. 1904; waren noch nicht Mitglieder; 3. Wily Steinkopf, geb. in Wschersleben 1880, ausgl. daf. 1900; die Drucker 4. Gustav Nagel, geb. in Wschersleben 1880, ausgl. daf. 1898; 5. Richard Liebing, geb. in Wschersleben 1883, ausgl. daf. 1902; waren schon Mitglieder. — In Wernburg die Seher 1. Otto Ebert, geb. in Nordhausen 1887, ausgl. in Wernburg 1905; 2. Hermann Strömer, geb. in Wernburg 1886, ausgl. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Wüthner in Wschersleben, Wolfsberg 3.
 In Dohna der Seher Hermann Rudolph, geb. in Döbtau 1885, ausgl. in Dohna 1904; war noch nicht Mitglied. — In Dresden die Seher 1. Max Burscher, geb. in Dresden 1873, ausgl. daf. 1893; 2. Paul Bömer, geb. in Penig i. S. 1867, ausgl. in Dresden 1885; waren schon Mitglieder. — In Naunhof der Seher Karl Friedrich Otto Gütz, geb. in Stötteritz 1883, ausgl. in Naunhof 1902; war noch nicht Mitglied. — H. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.
 In Frankfurt a. M. die Drucker 1. Jul. Haud, geb. in Pöckartsteinach 1861, ausgl. in Frankfurt a. M. 1879; 2. Karl Mathias, geb. in Stuttgart 1882, ausgl. daf. 1901; waren schon Mitglieder; die Graveure 3. Paul

Niedrich, geb. in Leipzig 1871, ausgl. daf. 1889; 4. Franz Niedinger, geb. in Stuttgart 1866, ausgl. dafelbst 1884; waren noch nicht Mitglieder. — Karl Knorr, Bildungstraße 21, II.
 In Hamburg die Seher 1. H. W. Eckhart, geb. in Hannover 1862, ausgl. in Seesen 1882; war noch nicht Mitglied; 2. August Pehle, geb. in Rastenburg 1877, ausgl. in Hamburg 1897; war schon Mitglied. — A. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 40, I.
 In Warneuthirchen der Drucker Robert Eckstein, geb. in Lengsfeld i. B. 1880, ausgl. in Plauen 1898; war schon Mitglied. — In Meerane die Seher 1. Arno Heft, geb. in Demmeritz 1886, ausgl. in Meerane 1905; 2. Walter Rettig, geb. in Erotelade b. M. 1887, ausgl. in Meerane 1905; 3. Paul Eckhardt, geb. in Dresden 1887, ausgl. in Wilsenfeld 1905; waren noch nicht Mitglieder; 4. Wily Pflug, geb. in Schönbeck a. G. 1882, ausgl. daf. 1900; war schon Mitglied. — G. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Wie eruchen die Herren Reiseassistenten, dem ausgetretenen Drucker Emil Schumann (Sauptbuchnummer 35097) das Quittungsbuch abzunehmen und nach hier einzuliefern. Schumann gilt als ausgeschlossen.

Angsbürg. Der Verkehr für die durchreisenden Kollegen befindet sich von nun ab wieder im Gasthause „Zum Blauen Boot“, Stephansplatz, „Kor.“ liegt auf. **Brieg.** Die Auszahlung der Unterstützung an Nichtbezugsberechtigte und Ausgesteuerte findet in der Geschäftsbücherei von W. Löwenthal durch Kollegen Paul Kutschka statt.

Schw.-Gmünd. Die Unterstützung für Durchreisende wird in der Druckerei der „Renszeitung“ ausgezahlt.

Verammlungskalender.

Chatoltenburg. Versammlung am 11. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Hofsaale, Poststraße 3.
Chemnitz. Kupper-Veranstaltung Versammlung Sonnabend den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Ballhause „Adler“, Leipzigstraße.
Darmstadt. Maschinenmeister-Generalsversammlung Sonntag den 28. Januar, nachmittags präzis 3 Uhr, im

Bereinslokale Restaurant „Gutenberg“, Grafenstraße. Anträge sind vor der Versammlung einzureichen.
Frankfurt a. M. Bezirksversammlung Sonntag den 28. Januar, vormittags 1/2 11 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“.
Greifswinde-Gremerhauzen-Sehe. Generalversammlung Sonntag den 28. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Weststraße.
Gelsenkirchen. Versammlung am 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokale.
Hirschberg i. Schl. Bezirksversammlung am 28. Februar, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale „Zum goldenen Schwert“. Anträge dazu bis 10. Februar an den Vorsitzenden erbeten.
Leina. Generalversammlung Sonnabend den 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Böwen“.
Rotthaus. Bezirksversammlung am 18. Februar in Forst. Anträge sind bis zum 3. Februar an den Bezirksvorsteher H. Beck in Rotthaus, Burgstraße 22, einzureichen. (Verdichtung zu der Notiz in Nr. 8 des „Kor.“).
Leipzig. Versammlung Freitag den 26. Januar, abends 1/2 11 Uhr, im „Schloßgäßchen“ zu Leipzig-Meidritz, Dresdner Straße.
Münster. Korrektoren-generalversammlung Sonntag den 28. Januar, vormittags präzis 9 Uhr, im Vereinslokale Restaurant „Zinnenbaum“.
Münster. Generalversammlung Sonnabend den 27. Januar, präzis 8 1/2 Uhr abends, im Vereinslokale Restaurant „Zum Wäldenbrunn“.
Oldenburg i. O. Versammlung Sonntag den 28. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Markthalle“.
Schwier. Generalversammlung Sonnabend den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale.
Stuttgart. Korrektoren-generalversammlung Sonntag den 28. Februar, vormittags 1/2 10 Uhr, im Blauen Saale des Genossenschaftshauses. Anträge sind bis zum 29. Januar beim Schriftführer einzureichen.
Wismar i. M. Versammlung Sonnabend den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Briegnis' Gasthose.
Zwickau. Versammlung Sonnabend den 27. Januar, abends 1/2 11 Uhr.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
 Briefadresse: z. H. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.
 Schiedsgericht Münster i. W. Gehilfenwahl: H. Meister, Wohnung 72, II, Vorsitzender; E. Kosmeier, G. Sammers, G. Hermanns, G. Opitz, Mitglieder bzw. Stellvertreter.
 Berlin, 21. Januar 1906.
 Georg W. Büxenstein, R. G. Giesecke, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Ein Herr
 gleich wo wohnt, sofort gesucht zum Verkaufe von Zigarren an Wirt, Händler usw. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision.
 A. Kleek & Co., Hamburg. [600]

In jedem Druckorte Vertreter
 gegen hohe Provision von Sachgeschäft gesucht. Werte Angebote erbeten unter Nr. 477 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtigem Buchdrucker
 mögl. Schweizerdegen, ist Gelegenheit geb. sich mit 5-10000 Mk. an einer Druckerei mit guter Kundsch. in einer schönen Stadt der Schweiz zu beteiligen. Ernst. Nestler wollen Offerten mit n. n. Angaben u. Nr. 491 an die Geschäftsstelle d. Bl. einreichen.

Korrektor gesucht
 für ein deutsch-französisches Lexikon. Werte Angebote sofort erbeten an **Soll & Wladard**, Verlagsbuchhandlung Berlin NW 7, Georgenstr. 23. [499]

Tüchtiger Akzidenzseher
 sofort gesucht. Werte Offerten mit Salärforderung erbeten an die **Provincialzeitung**, G. m. b. H., Bremerhaven. [504]

Ein jungerer **Akzidenzseher** sowie ein **Buchdruckmaschinenmeister** werden gesucht. [495]
Karl Adler, Buchdruckerei, Küstrinstr.

Gesucht
 zwei weitere tüchtige **Schriftgießer** an Rüstmannsche Hand- und Kompletzgießmaschinen. **Schriftgießerei Otto Weisert** Stuttgart. [488]

Tüchtige, selbständige **Stempelschneider** in dauernde, angenehme Stellung bei hoher Löhne gesucht. [486]
Baundersche Gießerei, Frankfurt a. M.

Achtung, Schriftgießer!
 Bei Konditionsangeboten von der Firma **B. Grunau** sind die Kollegen im eigenen Interesse in allen Fällen verpflichtet, Erkundigungen bei dem Unterzeichneten einzuziehen. [505]
B. Grunau, Berlin SW, Postenstraße 15.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des **Kor.** (Konrad Gieseler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Erbetenbriefe ohne Fremdwort können nicht berücksichtigt werden. Die Geschäftsstelle des **Kor.**

Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Sonnabend den 27. Januar, abends präzis 9 Uhr, im Vereinslokale „Karlshurg“, Ecke Kurienstraße und Schoppensteil, Inhaber Herr Ribow:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Jahresbericht des Vorstandes; 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren; 4. Abrechnung über das Weisnachtsvermögen; 5. Neuwahl des Vergütungsausschusses; 6. Wahl der Kongressdelegierten; 7. Anträge zu dem Dferrn stattfindenden Kongresse; 8. Beschlusstexte.
 Zu dieser so eminent wichtigen Versammlung ist es Pflicht jedes einzelnen, pünktlich zu erscheinen. Mit kollegialischem Gruß
Der Vorstand. [496]

! AUCH EINE ANTWORT !

Die raffinierte Ränkespinnerei einiger guter Freunde hat sich bitter gerichtet! Gerade den Arbeitern meiner Wanderausstellung wohnt — trotz unserm mehr dem resoluten und praktischen Ausdrucke geneigten Zeitalter — eine gewisse poetische Diktion inne, deren farbenprächtige Wiedergabe nach dem Urteile mir massgebender Männer künstlerisch anmutet.

Hervorragende Pariser Buchdrucker, an der Spitze Direktor Professor Viktor Breton; Bibliothek des Königlichen Kunstgewerbemuseums-Berlin; Direktor Dr. Peter Jessen; Gutenbergmuseum-Mainz; Dir. Professor Dr. Velke; Theodor Göbel, der Schöpfer der Monumentalwerke: „Die graphischen Künste der Gegenwart“; Altmeister Albin Maria Watzlik; Schriftsteller C. Kulbe-Berlin usw. geben meinen Arbeiten von 1904 bis 1905 die Prädikate:
 — hervorragend — eigenartig — schön [498]

GUSTAV PAUL GROSSE

Oberfaktor der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim.

Verlag von Julius Müser in Leipzig-R.
Mäasers Farbenlehre für Buch- und Stein-drucker. Das bedeutendste Werk auf diesem Gebiete. 5 Mk.
Der Faktor. Unentbehrlich für jeden Faktor. 4 Mk.
Das Anschneiden der Formen. 1,50 Mk.
Illustrierte Enzyklopädie der graphischen Künste u. der verwandten Zweige. 10 Mk.
Der Titelsatz und seine Entwicklung bis zur Gegenwart. 1 Mk.
Lehrbuch für Schriftsetzer. 5 Mk.
Die Sprache der Kunst für den Buch-drucker. 2 Mk.
Der Tonplattenschnitt. Anleitung zum Tonplattenschneiden aller Art. 2 Mk.
100 humoristische Abziehbilder für Ton-platten in vier Größen. 50 Pf.
Moderne Vorlagen für Tonplattenschnitt. 5 Hefte mit prächtigen Mustern aller Art à 1 Mk.
Musterblätter verschiedener Jahrgänge der Typographischen Jahrbücher. In eleganter Mappe 3 Mk.
Typographische Jahrbücher, lehrreichstes bill. Buchdruckerfachblatt, ersch. monatl. Jedes 25 originale Druckmuster enthaltende Heft 50 Pf.

Stuttgarter graph. Versandhaus,
 Theodor Leibius,
 jetzt Rotenbühlstrasse 49 b,
 empfiehlt Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Scheren, Zureichtmesser, Farb Bier- u. Weinzipfel, Kravattenmadeln, Broschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale, Schnupftabakdosen, Feuerzeuge.
 Illustr. Preisliste gratis u. franco.
 Die glückliche Geburt eines zeigt hoch erfreut an **Mitgliedschaft Liebenwiedn.** [502]

Den jungen Kollegen besonders zu empfehlen: **Anhang zum Tarife** von **Konrad Gieseler**, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis pro Exemplar 10 Pf.
 Von den Werksanforderungen oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stk. 3 Pf. 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.
Lehndrit der bunten Akzidenz. Rich. Härtel in Leipzig R. — 3,50 Mk.

Hansalin, neues Matrizenpulver (nur eig. Fab.), à 100 Kg. 40 u. 35 Mk. Lager in Sterobyplophenen in allen Form. (Glatten u. woll. Druck für Rot. in alon Brett. Coll.-Tonplatten, 27 x 63 cm. 3,50 Mk. 1. Spez.-Gesch. **H. Andross & Sohn**, Hamburg. [413]

Gestern abend starb im hiesigen städtischen Krankenhaus an der Lungenentzündung unser liebes Mitglied, der Setzer **Alb. Blumenberg** aus Greifenberg in Pommern im Alter von 57 Jahren. Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Barmen. Barmen, 21. Januar 1906. [496]

Am 22. Januar verstarb plötzlich unser lieber Kollege **Wilhelm Anthes** im 68. Lebensjahre. [503] Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen und aufrichtigen Freund, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren werden. Das Setzerpersonal der „Hamb. Nachrichten“.

Am 20. Januar verschied nach kurzem Krankenleiden infolge einer Lungenentzündung unser lieber Kollege, der Setzer **Julius Staudt** im Alter von 62 Jahren. Sein Andenken werden stets in Ehren halten Die Kollegen der J. M. Richterschen Kgl. Bayer. Hofbuchdr. Würzburg. [501]

Am 19. Januar verschied nach kurzem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer **Julius Staudt** aus Kulmbach im Alter von 62 Jahren. Dem Verstorbenen wird stets ein ehren-des Andenken bewahren Die Mitgliedschaft Würzburg. [497]

Richard Härtel, Leipzig-R. (Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franco. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Galvanoplastik. Bon Gering. Geb. 3 Mk. Praktische Winke für Maschinenmeister usw. Von Jos. Schöerer. 1 Mk.

Ceylon-Becco-Lee, direkt von der Manufaktur zu den äußerst billigen Preisen von pro Pfund 2,50 Mk. (Porto 50 Pf.) 1/2 „ 1,50 „ („ 25 „) 1/4 „ 0,80 „ („ 10 „) Bei Nachnahmensendungen erhöht sich das Porto um je 25 Pf.

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 11.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 27. Januar 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Für die Monate Februar und März nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Korr.“ zum Preise von 44 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Die „Verhältnisse“ sind schuld!

Zust wie ich gedacht, so ist es gekommen — in Nr. 8 des „Korr.“ schüttet Kollege Reyhäuser die Schale seines Spottes in einer Fußnote über mich aus. Daß dies vor dem Erscheinen unsers Resendachhauser Versammlungsberichtes geschah, ist etwas befremdend, denn es ist schwer, über etwas zu schreiben, von dem man keinen blauen Dunst hat, wie „offiziell“ die Sache behandelt wird. Wenn wir eine Art „Zähler Hinfenden“ zum Schriftführer haben, so ist das ganz nett: Er schreibt nicht gern, er schreibt nicht viel, weil der böse Rex einen „dicken blauen“ da durch macht. Und weiter hat die Sache noch den Vorzug, daß sich die Kollegen daran erinnern, daß vor drei oder vier Wochen eine Versammlung war; dies ist keine böse Absicht, das bringen eben — die „Verhältnisse“ mit sich.

So bin ich nun glücklich bei „die Verhältnisse“ angelangt und im Geiste sehe ich Freund Rex auf der Lauer, um mich bei passender Gelegenheit in „liebvoller Umarmung“ erdrücken zu können. Geschieht mir recht. Was habe ich auch nötig, an ein vorzügliches Referat des gegen mich arbeitsamen Seyer hoch und wunderbar erhabenen „Korr.“-Redakteurs den Wunsch zu knüpfen, darauf zu achten, daß mit dem Worte „Verhältnisse“ in Zukunft kein so arger Mißbrauch getrieben, daß dafür Worte benutzt werden, welche die Dinge beim rechten Namen nennen!

Wir sind allzumal Sünder! — auch ich gestehe, daß ich dieses ominöse Wort in Schrift und Wort schon gebraucht habe. Was mich bestimmte, den „Verhältnissen“ den Krieg zu erklären, ist die Ueberzeugung, daß sich im deutschen Sprachschätze kein Wort findet, mit dem ein solcher Mißbrauch getrieben, das so zur Verimpfung, zur Selbstentschuldigung, zur Verschleiierung von Tatsachen, zur Verschönerung der erbärmlichsten Zustände im tagtäglichen Geschäftsleben beiträgt, als eben das eine gewisse Generalabsolution in sich bergende Wort — „Verhältnisse“.

„Komischer Kerl!“ werden viele sagen, doch ich will kurz versuchen, meine Behauptungen zu beweisen.

Wer die Zustände im Arbeiterleben beobachtet, wer selbst die Berichte unserer Versammlungen aufmerksam liest, wird bei einigem Nachdenken finden, daß die traurigsten Zustände, die schamlosesten Vorkommnisse, die größten Ungerechtigkeiten usw. entschuldigt oder beschönigt und abgeschwächt werden, indem immer und immer wieder die faule Ausrede wiederkehrt: „Ja, du hast ganz recht, aber was soll ich tun, ich kann es nicht ändern; daran sind eben die „Verhältnisse“ schuld!“

Wie viele sind nicht schon um Verbesserung vorstellig geworden, wie viele haben nicht schon gegen sanitäre Mißstände angekämpft, wie viele nicht schon gegen die unmenschenlichste Behandlung aufbegehrt? Und mit welchem Erfolge? In den meisten Fällen wird ihnen keine andre Antwort gegeben worden sein als die oben angeführte. Doch ein Erfolg blies in vielen Fällen nicht aus: Derjenige, welcher Mut genug hatte, in einem Geschäft auf Verbesserung der miserabelsten Zustände zu dringen, flog als Störenfried hinaus und die Zurückgebliebenen betrachteten ihn in den meisten Fällen nicht als Opfer der Unternehmerrutalität, sondern als „Opfer der Verhältnisse“. Eine sehr bequeme, aber häufig anzutreffende Selbstentschuldigung zur Verdeckung der eignen Versumpfung und Schlappheit.

In vielen Nummern des „Korr.“ lesen wir mit gemischten Gefühlen das Wort „Ferien!“ Als selbstverständlich werden es die meisten Kollegen betrachtet haben, daß die am „Korr.“ Beschäftigten im Genusse solcher sind. Die Dresdener Generalversammlung belehrte uns eines andern. Ich glaube nicht, daß man im „Korr.“ in der Weise, die Konsequenzen zwischen Theorie und Praxis zu ziehen — im Gegenteil! Eine stichhaltige Entschuldigung für diese Unterlassungsfälle gibt es nicht; hier könnte nur die fadensteichige Ausrede gebraucht werden: „Die Verhältnisse waren schuld!“

Wir lesen ferner in den in christlicher Nächstenliebe, Arbeiterfreundlichkeit und Frömmigkeit machenden Wätern aller Konfessionen mit eigentümlichem Empfinden fulminante Artikel über das, was dem Arbeiter zum ehrlichen Fortkommen gebührt. In der Theorie ist die Sache wunder schön. Wie aber in der Praxis? Die allermeisten Unternehmungen auf „christlicher“ Grundlage bieten in der Regel die miserabelste Entlohnung, längste Arbeitszeit usw., als „Beilage“ die Verheißung auf etwas Besseres im — Jenseits. Jede Verbesserung der Lebensbedingungen wird abgewiesen: „Ja, mein Lieber, wir können nicht anders, wir müssen mit den Verhältnissen rechnen. Und dann sollten Sie doch wissen, daß es in der Schrift heißt: Jaget nicht nach dem, was unten ist, sondern trachtet nach dem, was droben ist.“ Diese Theorie tröstet häufig die Arbeiter; dem Unternehmer bleibt die Praxis: „Die Gottseligkeit ist zu allen Dingen nützlich!“

Man lese z. B. die Korrespondenz in Nr. 8 des „Korr.“ aus Koburg, lese, daß in einer dortigen Hofbuchdruckerei 25 Erwachsenen etwa 40 Lehrlinge gegenüberstehen und dazu den Satz: „Diese Verhältnisse haben wenigstens den Vorzug“ usw. Trotz des etwas schärferen Schlusssatzes in dieser Notiz eine Abschwächung, eine Vermeidung des richtigen Ausdrucks für tatsächlich schauerhafte Zustände: „diese Verhältnisse“.

Beispiele dieser Art könnten noch viele angeführt werden. Ich glaube aber, mich vollends kurz fassen zu können.

Ich behaupte: Im tagtäglichen Geschäftsleben ist der Ausdruck „Verhältnisse“ nur dazu angetan, über die wirklichen Zustände hinwegzutäuschen, das Verantwortlichkeitsgefühl zu ersticken und die letzte Spur für Recht und Gerechtigkeit im Menschen zu ertöten.

Darum fort mit den „Verhältnissen!“ Man spreche in Gewerkschaftsblättern von guten oder schlechten Zuständen; man rede nicht beschwichtigend von „Verhältnissen“, wenn tatsächlich Zustände vorhanden sind, die mehr als erbärmlich sind. Man schlafere sich mit diesem Ausdruck nicht ein, sondern halte sich stets vor Augen, daß diejenigen, die im geschäftlichen Leben alles und alles den „Verhältnissen“ zur Last legen, so verpumpt sind, daß sie nicht eine Spur von Gerechtigkeitsgefühl mehr im Leibe haben.

Es liegt mir fern, dem Kollegen Reyhäuser oder sonst irgend jemand persönlich nahe zu treten, auch ich habe nur das Bestreben, „mit dahin zu wirken, daß die Lebensbedingungen und die Lebenshaltung für den Arbeiter immer vollkommener werden, nicht durch gegenseitige Bekämpfung, sondern durch gegenseitige Unterstützung.“

*

A. Bl.

„Die Verhältnisse“ — ja, die haben den Teufel, da hat der Verfasser des vorstehenden Artikels ganz recht, wie überhaupt viel Wahres in seinen Ausführungen enthalten ist. Aber er geht zu abstrakt vor, er schlußfolgert zu sehr aus einer sich willkürlich zurecht gelegten Vorstellungsweise. Persönlich sowohl wie sachlich. So ist mir z. B. ganz unfaßlich, wie man in einer Fußnote von einer Zeile „die Schale seines Spottes“ ausschütten kann, zudem allen Eingeweihten jene Zeile doch nur eine vom kollegialen Humor diktierte Erinnerung darstellt. Und schließlich ist Kollege A. Bl. in seines Herzens Geheimschrank derselben Meinung. Aber „die Verhältnisse“ liegen es ihm geraten erscheinen, sich gegenüber den Kollegen Deutschlands von mir „in liebevoller Umarmung“ erdrückt zu fühlen. Nun bin ich aber der rein persönlichen Anschauung, daß so, wie Kollege A. Bl. in der bemuhten Versammlung mir gegenüber mit den „Verhältnissen“ argumentiert hat, er darin nicht besonders glücklich gewesen ist. Hätte er das alles gesagt, was er heute schreibt, hätte er in konkreten Fällen nachgewiesen, daß tatsächlich in unseren Reihen sträfliche Unterlassungen mit der Ausrede, „die Verhältnisse“ seien daran schuld, zu decken versucht werden, dann wäre ein ganz anderer Boden für die Diskussion geschaffen worden. So aber sprach Kollege A. Bl. zu allgemein und mußte deshalb und trotz seiner unzweifelhaft guten Absichten Mißverständnisse hervorrufen.

Wenn nun Kollege A. Bl. auf den Mißbrauch verweist, der mit dem gedachten Worte getrieben wird, so drückt er damit die Existenzberechtigung des Wortes selbst aus. Und was ist heutzutage nicht alles dem Miß-

brauche ausgesetzt? Die Organisation selbst, ihr Organ erst recht; nicht zuletzt die Worte Kollegialität, Freiheit, Brüderlichkeit, kurzum alles, was dem Menschen heilig, schön, gut und edel dünkt. Wo soll man da anfangen von Mißbrauch zu reden und wo aufhören? Ich bin mit dem genannten Kollegen einer Meinung darin, daß dort, wo man mit den „Verhältnissen“ die eigne Latenlosigkeit, Schlappschwanzigkeit oder gar Feigheit zu entschuldigen oder die „Verschleiierung von Tatsachen“, die „Verschönerung der erbärmlichsten Zustände“ zu decken versucht, entschieden dagegen Front gemacht wird — aber liegt es nicht an den Verhältnissen, daß man leider mit solchen Verhältnissen zu rechnen gezwungen ist? Glaubte Kollege A. Bl. etwa, mit der präzisesten Definition des Wortes „Verhältnisse“ seien diese selbst gegenstandslos zu machen? Ist Kollege Bl. nicht mit mir der Meinung, daß im Sinne des großen Ganzen, in allen Lebensäußerungen der Taktik und Politik unsers Verbandes, in allen Beziehungen mit den wirtschaftlichen und sozialen Allgemeinverhältnissen und den besonderen Verhältnissen unsers Gewerbes bei einem von mir in jener Versammlung gebrauchten Hinweise nur eine allgemeine Situation gekennzeichnet, die Summe der Gedanken der Zuhörer auf die Gestaltung der Dinge von heute gelenkt werden sollte? Könnte man anders als so verstanden werden — ja, dürfte man einen andern Gedankenfang voraussetzen oder gar meinen wiederholten diesbezüglichen Äußerungen etwa den Zweck unterschreiben, „über die wirklichen Zustände hinwegzutäuschen, das Verantwortlichkeitsgefühl zu ersticken und die letzte Spur für Recht und Gerechtigkeit im Menschen zu ertöten“? Eben weil ich für meine Arbeit ein stolzeres Ziel kenne als das, unsere Kollegen zu selbstbewußten Menschen zu erziehen, ihnen einzupumpfen, daß eine Unsumme persönlichen Mutes, eignen Handelns, individueller Initiative und Verantwortlichkeit dazu gehört, den organisierten Arbeiter in würdigster und einflußreichster ideeller und materieller Kraft nicht nur in Versammlungen, sondern vor allem in der Druckerei zur Geltung zu bringen, dort, wo bei den Buchdruckern in Wirklichkeit der Klassenkampf gekämpft wird, und wo der Mann zu zeigen hat, was er wert ist, deshalb kann niemand feindseliger als ich jenem Stumpfsinne gegenüberstehen, wie ihn auch Kollege A. Bl. befragt. Über seine Ausführungen sind dazu angetan, bei dem Leser den Eindruck zu erwecken, als ob ich in der gedachten Versammlung all das verteidigt hätte, was er heute in den Bereich seiner Kritik zieht. Deshalb auch diese „liebvolle Umarmung“!

Trotz des Kollegen A. Bl. wird man aber auch in Zukunft in Wort und Schrift gehalten sein, von „Verhältnissen“ zu reden. Sie sind nicht selten auch in unseren Reihen und in bestimmten Dingen so eigenartig gelagert, daß man ohne die Organisation in ihrem Ansehen und in ihrer Arbeitskraft zu schädigen, sie öffentlich gar nicht erörtern kann — aber lernen sollen wir daraus und im konkreten Falle mit allen Konsequenzen unterscheiden und entscheiden, was „Verhältnisse“ im wohlverstandenen allgemeinen Sinne eines ganzen Gesellschaftszustandes und was „Verhältnisse“ der „Selbstentschuldigung zur Verdeckung der eignen Versumpfung und Schlappheit“ sind. Wenn Kollege A. Bl. über seine ideale Auffassung hinaus einmal so wie unsereineren jahrein jahraus mit den unterschiedlichsten „Verhältnissen“ praktisch zu rechnen gehabt hätte, würde er seinen „Freund Rex“ besser verstehen, als es so der Fall sein kann. Aber da wir uns seit Jahren sonst gut vertragen haben und auf einem recht guten kollegialen Fuße mit einander stehen, ist die Hoffnung berechtigt, daß die Zeit es noch mit sich bringen wird, über die vertrackten „Verhältnisse“ einig zu werden.

Wie gesagt, Freund Bl. geht mitunter von willkürlichen Voraussetzungen aus. So will er durch die Dresdener Generalversammlung „belehrt“ worden sein, daß die am „Korr.“ Beschäftigten nicht im Genusse von Ferien sich befinden. Getrieben von den Furien der „Verhältnisse“ schlußfolgert er dann eine ganze Masse Ungerechtigkeiten, monologisiert über „Theorie und Praxis“, um schließlich wie der Nagel im Holz auf den „Verhältnissen“ sitzen zu bleiben, von wo ihn herunterzuholen wir mit der Bemerkung uns gestatten, daß alle am „Korr.“ Beschäftigten sich seit Jahren im Genusse von Ferien befinden.

Eine Lanze möchte ich noch für den vom Kollegen A. Bl. zu Unrecht angegriffenen Schriftführer ein-